Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

Sonderdruck

Herausgeber: Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik eV., Münster

Bezug:
LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
D-1000 Berlin 61

Vierteljahreszeitschrift (112 S.)
Einzelheft DM 9,- / Doppelheft DM 16,-
Abo Einzelpersonen DM 30,-
Abo Institutionen DM 60,-
Überseeabo (Luftpost) DM 47,-/77,-

PERIPHERIE
ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT

Mohssen Massarat

Der Gottesstaat auf dem Kriegsschauplatz

1. Einleitung

Der Golfkrieg ist inzwischen volle sieben Jahre im Gange. Die Zahl der Opfer auf dem Kriegsschauplatz, aber auch der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten, geht in die Millionen (1). Die Kriegskosten beider Staaten einschließlich der Verluste bei Öleinnahmen und nationaler Wertschöpfung werden zwischen 1980 und 1985 auf über 420 Mrd. US-$ beziffert, wobei in dieser Zahl Sachschäden nicht enthalten sind (Alnasrawi: 1986).

Durch die Intervention der USA mit ihrem bisher stärksten Flottenverband in den Persischen Golf mit 41 Kriegsschiffen, darunter zwei Flugzeugträger, ein Schlachtschiff mit rd. 20 000 Mann an Bord, Zerstörer, Kreuzer ... tritt die internationale Dimension des Golfkrieges erstmals in Erscheinung. Tatsächlich ist der Golfkrieg nur eine, wenn auch bisher wichtigste, gewaltsame Erscheinungsform jener tiefgreifenden Machtverschiebungen in der Region, die die fundamentalistisch islamische Revolution im Iran ausgelöst hat. Hier findet ein politisch kultureller Kampf zwischen dem radikalisierten Islam und dem Panarabismus, zwischen dem Gottesstaat und den weltlichen westlich orientierten Staaten, zwischen dem Streben nach kultureller Identität und Fremdherrschaft statt.

Am Persischen Golf stehen nun die Märtyrer der Islamischen Revolution dem »großen Satan« Amerika, dem »Hauptübel aller Machenschaften gegen den Islam und die Völker der Welt« direkt gegenüber. Die US-Militärs – nachdem das Feindbild Sowjetunion nicht mehr so gut funktioniert, ohnehin auf der Suche nach einem neuen Feindbild – scheinen ihr erträumtes Ziel einer militärischen Präsenz zum Schutz der »vitalen US-Interessen« in der Golfregion erreicht zu haben. Die neue Eskalation am Golf verschlechtert die Aussichten auf eine Beendigung des Golfkrieges.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, soll der vorliegende Beitrag dem Leser einen Einblick in wichtige, in der Literatur bisher wenig beachtete interna-

tionale, regionale und ideologische Hintergründe des Golfkrieges vermitteln. Auf die in der Fachliteratur analysierten Aspekte dieses Krieges (so z. B. bei Hottinger: 1981; Rondot: 1981; Robert: 1983; Chubin: 1983; Hünseler: 1983; Ferdowsi: 1984; Ekbal: 1984 u.a.) wird selbstverständlich Bezug genommen.

2. Supermachtpolitische Dimension des Golfkrieges

Die Golfregion ist ökonomisch ein integraler Bestandteil des Weltmarktes, somit politisch und militärisch auch die traditionelle Einflußsphäre der imperialistischen Staaten. Bis zum Zweiten Weltkrieg dominierte Großbritannien in dieser Region. Seitdem haben die Vereinigten Staaten – wie überall in der Welt – auch hier die Rolle Großbritanniens übernommen. Zwischen der Sowjetunion und der Golfregion bestehen so gut wie keine ökonomischen Verflechtungen, wohl aber militärische. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Golfpolitik und ihres unvergleichbaren Einflusses in der Golfregion haben die Supermächte den konventionellen Rüstungswettlauf in dieser Region gefördert und den ansonsten regional bedingten Kriegsausbruch letztlich entscheidend begünstigt.

2.1 Westliche Interessen und die US-Golfstrategien nach dem Zweiten Weltkrieg

Das Erdöl dieser Region ist trotz vielfacher Preissprünge immer noch die preisgünstigste Energie. Über 65 % aller bekannten Erdölressourcen der Welt lagern in dieser Region; bis zu 30 % der Weltproduktion wurden in der Golfregion produziert (gegenwärtig ca. 20 %); westeuropäische Staaten decken gegenwärtig 40 % ihres Ölbedarfs aus dieser Region. Für Japan beträgt der Anteil gar ca. 66 %. Auch in Zukunft sollen der Produktions- und Exportanteil der Golfregion erneut steigen. Kein Zweifel, die Golfregion ist und bleibt für alle ölimportierenden (bisher) kapitalistischen Industrieländer ökonomisch von überragender Bedeutung. Das Interesse der westlichen Supermacht USA an der Golfregion ging historisch und geht auch heute allerdings weit über den ökonomischen Faktor der preisgünstigen Energieversorgung hinaus. Dieses Interesse ist vielfältig, komplex und nicht in allen seinen Dimensionen durchschaubar:

Direktinvestitionen multinationaler US-Konzerne in den Golfstaaten sollten und sollen, sofern sie noch immer nicht nationalisiert sind, durch die US-amerikanische Militärpräsenz möglichst unmittelbar geschützt werden und auch ungestört gedeihen können.

Mit Blick auf die geographische Nähe der Golfstaaten zur Sowjetunion sollen Umstürze westlich orientierter Regime, insbesondere kommunistische Machtergreifungen, verhindert, und so das kapitalistische System gegen den Weltkommunismus in der Golfregion verteidigt werden.

Indem die Vereingten Staaten »Quellen westlicher Ölversorgung« militärisch schützen, können sie ihre westeuropäischen Verbündeten und auch Japan in ihre Globalstrategie einbinden und sind in der Lage, ihnen bei Bedarf und zur Untermauerung der US-Hegemonialposition in der kapitalistischen Welt ihre existentielle Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten vor Augen zu führen – ähnlich wie die USA etwa durch Abzugsdrohungen von US-Truppen aus Westeuropa immer wieder bemüht sind, die Westeuropäer unter Druck zu setzen.

Diese nach drei Seiten (Dritte Welt, kommunistische Welt und westliche Verbündete) gerichtete Interessenballung in der Golfregion machte diese Region für die USA geostrategisch besonders wichtig. Folgerichtig waren alle US-Regierungen nach dem 2. Weltkrieg auch bemüht, neben dem ökonomischen auch den politischen und militärischen Einfluß einschließlich der militärischen Präsenz der Vereinigten Staaten in dieser Region auszubauen. Bereits Eisenhower legte am 05.01.1957 in der nach ihm benannten Doktrin der *»Containment Policy«* allen Regierungen der Nahost-Staaten nahe, die US-Regierung gegen das Vordringen des Kommunismus um Wirtschafts- und Militärhilfe zu ersuchen (Kuniholm: 1987). Ihre Entschlossenheit, sich in der Region massiv einzumischen, hatte die Regierung Eisenhower schon 1953 unter Beweis gestellt, indem sie den ersten frei gewählten iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh, der die ausländische Ölindustrie im Iran (BP) verstaatlicht hatte, mit massiver Hilfe des CIA stürzte und den zuvor ins Ausland geflohenen Schah Mohammed Reza wieder auf den Thron hievte.

Nach dem Abzug der britischen Truppen aus der Golfregion 1970/71 fingen die Vereinigten Staaten an, das Machtvakuum in der Region zu füllen und den Iran und Saudi-Arabien als ihre Brückenköpfe in der Region massiv aufzurüsten. Gemäß der *Nixon-Doktrin der »Twin Pillar Policy«* sollten der Iran und Saudi-Arabien stark genug werden, um aus eigener Kraft nicht nur die innere und äußere Bedrohung der eigenen Regime abzuwenden, sondern darüber hinaus auch die wacklige Macht der Herrscher in den Scheichtümern und allen arabischen Golfstaaten im Bedarfsfall zu sanktionieren (Kuniholm: 1987). Tatsächlich rüstete das Schah-Regime die Kaiserlich Iranische Armee binnen 10 Jahren zu einer der modernsten und schlagkräftigsten Armeen in der Dritten Welt auf und erlangte in der Golfregion unbestritten die militärische Hegenomie, bis die Islamische Revolution dieses Regime und damit den wichtigsten Beschützer der US-Interessen in der Golfregion buchstäblich über Nacht hinwegfegte.

Fortan waren einerseits weitere Ölpreissprünge gegen das Ziel einer möglichst preisgünstigen Ölversorgung kapitalistischer Staaten nicht mehr zu verhindern. Andererseits verloren die USA mit ihrem bedeutendsten militärischen Stützpunkt in der Golfregion real ihre Schutzfunktion über die »westlichen Ölquellen« und damit ihr Faustpfand und ihre Erpressungswaffe gegen alle ölimportierenden westlichen Staaten. Tatsächlich waren die EG-Staaten und Japan auch in der Lage, die offenkundig gewordene Hegemoniekrise der westlichen Supermacht USA zugunsten eines raschen Ausbaus direkter Beziehungen mit den Golf- und Nahost-Staaten zu nutzen. Vor dem Hintergrund solcher Machtverschiebungen innerhalb der kapitalistischen Welt gibt jener anläßlich der militärischen Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion durch das Pentagon großangelegte Propagandafeldzug gegen den Zugriff der Sowjetunion auf die »westlichen Ölquellen« mehr über die eigenen Ängste Auskunft, den Zugriff auf die Ölquellen der Golfregion vollständig zu verlieren, als über die vermeintlichen sowjetischen Pläne, durch die Expansion ihres Einflußbereichs auf die Golfregion die Lebensader der kapitalistischen Staaten abzuschneiden (Halliday 1985).

Die Supermacht Amerika wollte sich mit dem Rausschmiß aus dem Iran und wo-

möglich aus der gesamten Golfregion nicht abfinden. Die verlorengegangene, ökonomisch wie außenpolitisch so herausragende Option im Golf sollte wieder zurückerobert werden. Die Nixon-Doktrin der »Twin Pillar Policy« war dazu allerdings keine taugliche Strategie mehr, hatte doch die Islamische Revolution im Iran dem amtierenden US-Präsidenten Carter gezeigt, auf welch wackligen Füßen diktatorisch herrschende US-Verbündete wie das Schah-Regime samt dessen bis an die Zähne bewaffnetem Militärapparat stehen können. Fortan sollten nicht nur neue Verbündete das Schah-Regime zum Schutz von »US-Interessen« in der Golfregion ersetzen, sondern die USA sollten die Fähigkeit erlangen, bei Bedarf selbst in der Golfregion militärisch zu intervenieren. Die Grundlage einer solchen Strategie für den Persischen Golf schuf in der nach ihm benannten Doktrin der US-Präsident Carter. In seiner Rede zur Lage der Nation am 23. Januar 1980 (11 Monate nach dem Sturz des Schah-Regimes und einige Wochen nach der Geiselnahme amerikanischer Diplomaten in Teheran und der sowjetischen Invasion in Afghanistan) erklärte Carter den Persischen Golf zum Interessengebiet der USA und schlug den westlich orientierten Staaten im Nahen und Mittleren Osten eine gemeinsame und »kooperative Sicherheitspolitik« vor (Klare 1982; Maier 1985; Kuniholm 1987). Die in der *Carter-Doktrin* so formulierte neue US-Strategie für die Golfregion wurde von der Reagan-Administration vollständig übernommen und weiterentwickelt.

Um »vitale Interessen« der USA in der Golfregion notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen, organisierte das Pentagon die sogenannten *Rapid Deployment Forces* – RDF – (Schnelle Eingreiftruppe), die sich inzwischen zu einer auf 400 000 Mann angewachsenen mobilen Armee entwickelt und etliche Manöver unter geographisch und klimatisch harten Bedingungen abgehalten hat, und die jederzeit weltweit einsetzbar ist. Im Rahmen der »kooperativen Sicherheitspolitik« wurde dem bevölkerungsreichen, aber finanzschwachen Ägypten und bevölkerungsarmen, aber finanzkräftigen Saudi-Arabien die Aufgabe zugedacht, gemeinsam die Funktion des Schah-Regimes in der Region zu übernehmen und im Krisenfall dem RDF eine umfassende infrastrukturelle und logistische Rückendeckung zu gewähren. Tatsächlich werden seitdem auch gemeinsame amerikanisch-ägyptische Manöver abgehalten, erhält Saudi-Arabien – in der Zeit 1981-86 mit 15 Mrd. $ größter Waffenimporteur der Dritten Welt – umfangreiche Waffen- und Militärausrüstung, darunter vermutlich von US-Piloten bediente AWACS.

Das innere Band der neuen US-Militärstrategie wäre allerdings logistisch nur dann geschlossen, die US-Regierung würde ihre strategische Option des über den »westlichen Ölquellen« wachenden Weltpolizisten wieder zurückgewinnen und diese Option gegenüber Westeuropa und Japan glaubwürdig unter Beweis stellen können, wenn es ihr gelänge, neben der RDF, den verbündeten Regimen, dem in Saudi-Arabien vorhandenen Waffenarsenal, der US-Flotte im Persischen Golf auch in möglichst vielen Golfstaaten militärische Stützpunkte zu errichten. Doch gerade dieses letzte Glied in der US-Golfstrategie ist zugleich auch das schwächste, mit ihm sind unabsehbare Risiken verbunden. Die blutigen Anschläge durch die Selbstmordkommandos der Organisation »Jihad-e Islami« (Islamischer Heiliger Krieg) gegen die amerikanische Militärzentrale in Beirut 1983 haben der Weltöffentlichkeit einen Vorgeschmack von der Brisanz und den Möglichkeiten der Radikalisierung sozialer und politischer Bewegungen in der Golfregion vor Augen geführt. Die US-Regierung hat ihre im Wirrwarr des libanesischen Bürgerkrieges nach Beirut entsandten Truppen zwar zurückbeordert, aber sie verfolgt nach wie vor das Ziel, jede Gelegenheit zu nutzen, um in der Golfregion und im gesamten Nahen und Mittleren Osten direkt militärisch wieder Fuß zu fassen. (2)

Diesem Ziel der US-Regierung kam und kommt immer noch der Golfkrieg sehr entgegen, insbesondere nachdem die Revolutionsgarden und die Armee der Islamischen Republik im Golfkrieg die Oberhand gewannen und sich anschickten, für die konservativen Herrscher der Golfstaaten eine reale Bedrohung zu werden. Die verunsicherten Scheichs in Oman, in den Vereinigten Arabischen Emiraten, in Bahrein und der saudische Clan in Saudi-Arabien, ohne sichere soziale Basis und demokratische Legitimation im eigenen Machtbereich, sind zunehmend bereit, nicht nur die Präsenz der US-Flotte im Golf zu akzeptieren, sondern auch gegenüber der eigenen Bevölkerung die politischen Risiken von US-Militärstützpunkten in Kauf zu nehmen. In Bahrain sind inzwischen 5 000 US-Soldaten samt Militärausrüstung stationiert (NOZ 11.09.87).

Die kuwaitische Regierung – wichtiger Kriegsverbündeter des Irak – hat das direkte Eingreifen der USA in den Golfkrieg zum Schutze ihrer Öltanker regelrecht herausgefordert. Tatsächlich kann auch der gegenwärtigen US-Golfpolitik nichts besser ins Konzept passen als die permanenten Bedrohungsängste der Herrschaftscliquen in den arabischen Golfstaaten und noch wichtiger, die Fortsetzung des Golfkrieges. Die teilweise massive Kritik des US-Kongresses und von Teilen des Militärs an der Weinberger-Politik des militärischen Vorpreschens in die Golfregion ist keine Kritik grundsätzlicher Art, sie spiegelt eher die Unsicherheit und Ängste der gesamten US-Administration wider, die die unkalkulierbaren Risiken ihrer Golfpolitik des Spiels mit dem Feuer zwangsläufig mit sich bringt.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde und um die materiellen und moralischen Lasten nicht allein zu tragen, ist die Reagan-Administration mit einigem Erfolg bemüht, die US-NATO-Verbündeten, durch Beteiligung an einzelnen Militäraktionen im Golf, wie etwa bei der Minensuchaktion, in die Verantwortung zu ziehen. Zwar haben sich Großbritannien und Frankreich gemäß ihrer kolonialen Tradition leichter dazu entschlossen, die US-Aktionen im Golf zu unterstützen, doch dürfte dem Engagement westeuropäischer Staaten im Golf eher symbolische Bedeutung beigemessen werden.

Für Westeuropa ist die amerikanische Schutzfunktion im Persischen Golf, entgegen naiver oder demagogischer Auffassung mancher Mitglieder des US-Senats (Amerika müsse »immer die Rechnung bezahlen, obwohl wir gar nichts essen«, so der republikanische Fraktionsvorsitzende im Senat, Robert Dole, taz 18.06.87), objektiv eher eine Last. Durch direkte Lieferverträge können EG-Staaten und Japan ihre Ölversorgung einfacher, weil ohne amerikanische Bevormundung sichern. Die gegenseitige Abhängigkeit, nämlich die Abhängigkeit Japans und der EG-Staaten von den Ölimporten und die noch größere Abhängigkeit der Golfstaaten von Ölexporten, ist die sicherste Grundlage für eine insgesamt reibungslose Energieversorgung aus der Golfregion. Selbst die schlimmste Phase des sogenannten Tankerkrieges im Golf hat den Öltransport nicht sonderlich beeinträchtigen können.

Die unterschiedlichen, ja zum Teil sogar gegensätzlichen Interessen innerhalb der kapitalistischen Staaten werden freilich auch in der Golfregion nicht offen ausgetragen.

Die der innerimperialistischen Konkurrenz übergeordneten globalen Systeminteressen überlagern natürlich diese – z.B. in einer gemeinsamen Studie der vier wichtigsten NATO-Staaten – nicht zu leugnenden Gegensätze (Kaiser, Lord, de Montbrial, Watt: 1981, 2 f).

2.2 Die Supermachtpolitik der Sowjetunion im Mittleren und Nahen Osten

Im Gegensatz zur kapitalistischen Supermacht Amerika verfügt die sozialistische Supermacht Sowjetunion weder über eine Globalstrategie für die Dritte Welt noch über eine Strategie für den Mittleren und Nahen Osten, jedenfalls nicht über eine erkennbar auf Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Region angelegte offene Strategie (Bender 1981, 140 f). In allen Fällen des sowjetischen Einflusses in der Region entwickelten sich die Beziehungen zur Sowjetunion erst nach dem Sturz der westlich orientierten Monarchien und der Machtübernahme durch die durchweg antikommunistischen Regime, so in Ägypten, dem Irak, Syrien und Libyen. Mit Ausnahme des winzigen Südjemen, das sowjetisch orientiert ist, haben alle übrigen und für die Region sehr wichtigen Staaten des »antiimperialistischen Lagers« ihre Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion unter Beweis gestellt (Militärpolitik-Dokumentation, 94 f). Ägypten hat seine Militärbeziehungen zur Sowjetunion bereits 1972 gänzlich abgebrochen. Ein ähnlicher Bruch des Irak mit der Sowjetunion hängt nur noch von der Beendigung des Golfkrieges ab. Syrien und Libyen halten ihre Beziehungen zur Sowjetunion aufrecht bzw. bauen diese aus, allerdings zu ihren eigenen Bedingungen.

Die einzig erkennbare Linie sowjetischer Außenpolitik im Mittleren und Nahen Osten war die Schwächung der Position der kapitalistischen Staaten durch die Unterstützung nationalistischer Strömungen. Die sowjetische Theorie des »nichtkapitalistischen Entwicklungswegs«, die als vielversprechendes und durch die Sowjetunion zu unterstützendes Konzept gesellschaftlicher Entwicklung für solche Staaten der Dritten Welt mit national- bzw. sozialrevolutionären Umwälzungen gepriesen wurde, stellte sich als leere ideologische Hülse einer sowjetischen Entwicklungshilfepolitik heraus, die sich im wesentlichen auf Waffenlieferungen, Modernisierung, bzw. Aufbau der Armeen, Entsendung von Militärberatern etc. reduzierte (Leggewie: 1982). Daß auch diese »Linie« eher die Ziellosigkeit und defensiv anpasserische Außenpolitik der Sowjetunion in der Region dokumentiert, belegt nicht nur der überraschende Rausschmiß sowjetischer Militärberater durch den ägyptischen Präsidenten Anwar el Saddat 1972, sondern auch die Tatsache, daß der einst als radikalster Feind Amerikas in der Region gefeierte Irak heute im Golfkrieg die stärkste Rückendeckung eben aus den Vereinigten Staaten erhält.

2.3 Regionales Wettrüsten

Die Supermachtpolitik der Sowjetunion, ob sie nun durchdacht oder ziellos war, hat zweifellos das Wettrüsten in der Golfregion erheblich verstärkt. Hatten die Vereinigten Staaten in den 70er Jahren über die militärische Unterstützung für Israel hinaus – getreu der Nixon-Doktrin der »Twin Pillar Policy« – auch den Iran und Saudi-Arabien militärisch massiv aufgerüstet, so, und um das »militärische Gleichgewicht« herzustellen, belieferte die Sowjetunion ihrerseits außer Ägypten (bis 1972) und Syrien, die unmittelbar an Kriegshandlungen mit Israel beteiligt waren, mit einer beispiellosen Großzügigkeit auch den Irak mit Waffen aller Art, der zwar zu keinem Zeitpunkt an

den Kampfhandlungen mit Israel beteiligt war, wohl aber seinen Führungsanspruch innerhalb der arabischen Welt gegen den »Zionismus und Imperialismus« militärisch zu untermauern suchte und vor allem mit dem Iran um die Hegemonialposition in der Golfregion wetteiferte. Der Rüstungswettlauf, der sich ursprünglich und wegen des Nahost-Krieges auf die Staaten des Nahen Ostens (Ägypten, Syrien, Jordanien und Israel) konzentrierte, verlagerte sich insbesondere in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eindeutig in die Golfregion (vgl. Tab. 1). Allein der Anteil der heute kriegführenden Golfstaaten Iran und Irak in den fünf Jahren vor Kriegsbeginn betrug über 50 % der Waffenimporte des gesamten Nahen und Mittleren Ostens und über 20 % aller Waffenimporte der Dritten Welt. Damit war der Golfkrieg zumindest hinsichtlich der waffentechnologischen Grundlage quasi vorprogrammiert. Es ist beinahe unvorstellbar, daß sich das irakische Regime Saddam Husseins ohne die seit 1975 erfolgte umfangreiche militärische Aufrüstung in der Lage gefühlt hätte, den Krieg gegen die Islamische Republik vom Zaune zu brechen.

Tabelle 1: Rangordnung der Waffenimporte im Nahen und Mittleren Osten
(SIPRI total indicator value of country's arms import 1975 $ m)

Rang-ordnung		1970 - 1974		1975 - 1979
1	Syrien	2320	Iran	6229
2	Ägypten	2181	Saudi Arabien	2806
3	Iran	2053	Jordanien	2615
4	Israel	1688	Irak	2418
5	Irak	336	Israel	2008
6	Saudi Arabien	324	Syrien	1170
	Summe	8902		17246
	Dritte Welt	18720 insg.		42315

Quelle: SIPRI-Rüstungsjahrbuch: 1980/81, 95 f

3. Regionale Dimension des Golfkrieges

Der Golfkrieg ist trotz der supermachtpolitisch bedingten Dimension kein Stellvertreterkrieg. Der Irak hat den Krieg nicht gegen den regionalen Rivalen, das Schah-Regime, begonnen, sondern erst nachdem dieses militärisch klar überlegene Regime zusammengebrochen war (3). Die Islamische Revolution hat zweifellos bei allen nicht-islamischen bzw. westlich orientierten Regimen in den Golfstaaten eine tiefgreifende Verunsicherung, ja Bedrohung, somit eine politisch-psychologische Kettenreaktion in ihrem regionalen Umfeld ausgelöst, die auch aus anderen Regionen der Dritten Welt bekannt ist. In Südostasien und in abgeschwächter Form auch in Mittelamerika beispielsweise sind nach jeweils sozialrevolutionären Umwälzungen und internen Machtveränderungen regionale Kriege entstanden. Territoriale Streitigkeiten, gekoppelt mit dem Kampf um Hegemonie in der Golfregion, haben ihrerseits den Ausbruch des Golfkrieges begünstigt.

3.1 Territoriale und hegemoniale Gegensätze zwischen dem Irak und dem Iran

Der geschichtlich rekonstruierbare territoriale Hauptstreit zwischen beiden Staaten, der über sehr lange Zeiträume offenbar keine eindeutige vertragliche Regelung fand, ist der Grenzverlauf des Schatt el-Arab (Fluß der Araber). Schatt el-Arab ist die Flußmündung des persisch-arabischen Golfes, in die die drei Flüsse Euphrat und Tigris von der irakischen Seite und Karun von der iranischen Seite strömen. Die Relevanz dieser Flußmündung für den Irak liegt auf der Hand. Sie ist die einzige Wasserverbindung dieses ölreichen Landes, zugleich also dessen Haupttransportader für den Ölexport und Import von Konsum- und Industriewaren. Die Geschichte des Grenzstreites reicht hin bis in die expansionistischen Eroberungszüge des Osmanischen Reiches im 17. Jahrhundert, und zwar bis zur Einverleibung des heutigen Gebietes des Irak in das Osmanische Weltreich im Jahre 1638.

Der heutige Streit um den Schatt el-Arab läßt sich auf eine offenbar mißglückte Regelung zwischen dem Osmanischen Reich und dem iranischen Staat im Jahre 1823 zurückverfolgen. Über hundertundfünfzig Jahre war der ungeklärte Grenzverlauf Gegenstand zahlreicher zwischenstaatlicher Differenzen der iranischen Herrscher mit den Sultanen des Osmanischen Reiches, und nach dessen Untergang auch mit den diversen irakischen Herrschern (Näheres vgl. Rodot: 1981; Ferdowsi: 1984; und vor allem Gehrke/Kuhn: 1963).

Gravierender als der territoriale Konflikt um den Schatt el-Arab scheint der Kampf um die regionale Hegemonie am Golf zwischen dem monarchistischen Pahlawi-Staat des Iran und dem panarabistischen Ba'th-Staat des Irak gewesen zu sein. Er entfesselte eine militärische und eine machtpolitisch-psychologische Entwicklung, die den Kriegsausbruch mit begünstigt haben.

Der Iran und der Irak sind dank der Größe ihrer Bevölkerungen und der Stärke ihrer Streitkräfte, wie Tabelle 2 zeigt, zweifellos die mächtigsten Staaten der Golfregion.

Alle irakischen Regierungen waren nach dem Sturz der Monarchie 1958 bestrebt, dem Irak durch umfassende Industrialisierungsprogramme und die Stärkung der Armee eine führende Position in der Golfregion und im arabischen Lager insgesamt zu verschaffen. Wachsendes nationalistisches Bewußtsein, politisch-ideologische Rivalität mit Syrien um den Führungsanspruch im Kampf gegen »Zionismus und Imperialismus« innerhalb des arabischen Lagers, der quasi naturwüchsig entfachte Konkurrenzkampf mit dem Traum um den Hegemonieanspruch in der Golfregion und die sprudelnden Ölquellen, dies waren die wichtigsten vorantreibenden Kräfte des aufstrebenden Irak. Auch der Iran ist wegen seiner Bevölkerungsgröße, der materiellen Ressourcen und seiner geostrategischen Lage für einen regionalen Hegemonialstaat geradezu wie geschaffen.

In diesem Wettkampf hatte aber der monarchistische Pahlawi-Staat des Iran gegenüber dem panarabistischen Ba'th-Staat des Irak eine deutlich bessere Position:

- Das Schah-Regime galt als für den Westen wichtiger ökonomischer »Partner« und als politisch-militärisch verläßlicher Verbündeter. Ihm wurde, wie oben dargestellt, im Rahmen der US-Golfstrategie unumwunden die Rolle des regionalen Gendarmen zum Schutz der »vitalen westlichen Interessen« zugewiesen.
- Die Herrschenden aller übrigen, ebenso westlich orientierten Golfstaaten in Kuwait, Bahrain, Katar, den Arabischen Emiraten, aber auch in Saudi Arabien akzeptierten eher den Führungsanspruch und die Schutzmachtfunktion des monarchistisch strukturierten und politisch gleichgesinnten nichtarabischen Regimes wie das des Schah, als die regionale Hegemonie des Regimes eines arabischen Landes wie des Irak hinzunehmen, dessen Territorialansprüche auf die übrigen arabischen Staaten, beispielsweise auf Kuwait ernsthafte Bedrohungsängste auslösten.
- Nicht zuletzt die größere Bevölkerungszahl, umfangreichere materielle Ressourcen und die geostrategisch bedeutendere Lage des Iran.

Den Kampf um die regionale Hegemonie zwischen dem Irak und dem Iran hatte das Schah-Regime de facto bereits zu Anfang der siebziger Jahre gewonnen. Die gewaltsame Besetzung der drei in der Meeresenge von Hormus liegenden strategischen Inseln: Abu Moussa, Groß-Tonb und Klein-Tonb im Jahre 1971 durch das Schah-Regime war Ausdruck der hegemonialen Position des Iran in der Region. Während der Irak gegen diesen Akt protestierte, nahmen ihn die übrigen Golfstaaten stillschweigend hin. Die innenpolitische Krise des Irak, die das Schah-Regime geschickt zu seinen Gunsten ausnutzte, verstärkte dessen hegemoniale Position in der Golfregion. In den Jahren 1974 und 1975 erlebte nämlich das irakische Regime den Höhepunkt seines Konfliktes mit der kurdischen Minderheit, die seit Jahrzehnten für ihre Autonomie gegenüber dem arabischen Zentralregime des Irak einen unerbittlichen bewaffneten Kampf führte. Das Schah-Regime unterstützte den kurdischen Widerstand im Irak mit massiver militärischer und finanzieller Hilfe und verschärfte so seinerseits die Krise des irakischen Ba'th-Staates.

Aus dieser Position der Schwäche heraus hatte das irakische Regime keine andere Wahl, als dem massiven Druck des Schah-Regimes um die Hegemonie in der Golfregion nachzugeben und darüber hinaus diesem auch einige territoriale Zugeständnisse im Schatt el-Arab zu machen. Im Abkommen von Algier, das unter Vermittlung des damaligen algerischen Präsidenten Boumedienne zwischen beiden Staaten 1975 in Algier geschlossen wurde, hat der Irak die Hegemonialposition des Iran in der Golfregion auch per Abkommen anerkannt (zum Inhalt dieses Abkommens siehe Europa Archiv: 1975: 59 f).

Mit dem Abkommen von Algier gab der Irak widerwillig nicht nur seine Position im Schatt el-Arab auf, die Gegenstand jahrzehntelangen Grenzstreites war, sondern er erkannte auch den Hoheitsanspruch des Iran über die drei obengenannten strategischen Inseln in der Meeresenge von Hormus an (4). Als Gegenleistung für diese zumindest machtpolitisch und psychologisch sehr wichtigen Zugeständnisse sicherte das Schah-Regime der Regierung des Irak zu, jegliche militärische und finanzielle Hilfe für irakische Kurden einzustel-

len. Tatsächlich forderte die irakische Regierung am 19. März 1975, also zwei Tage nach der Unterzeichnung des Abkommens von Algier, die kurdischen Widerstandskämpfer ultimativ auf, sich den irakischen Truppen zu ergeben. Barzani, einer der Führer des kurdischen Widerstandes, flüchtete mit ca. 25 000 Kurden in den Iran, der restliche Teil des kurdischen Widerstandes ergab sich bzw. landete in den Kerkern des irakischen Regimes. Am 31. März 1975 schloß der Iran gemäß dem Abkommen von Algier seine Grenzen (Europa Archiv: 1975, 59).

Tabelle 2: Statistische Daten über die Golfstaaten (Stand 1979)

	Fläche Mio. qkm	Bevölkerung Mio.	Streitkräfte 1000	BSP Mrd. $	Militärausgaben Mrd. $
Iran	1,65	37,6	415	73,3	4,49
Irak	0,437	12,7	222	33,4	2,68
Saudi Arabien	2,15	9,3	44	76,2	17,07
Kleine Golfstaaten*	0,347	3,59	62	45,6	3,97

* Kuwait, Bahrain, Oman, Katar und Vereinigte Arabische Emirate
Quelle: Leger Sivart: 32; Heuchling: 1981, 21; Ehrenberg: 1978, 10
** Für 1986 wird die Bevölkerung des Iran auf ca. 50 Mio. und die des Irak auf ca. 16 Mio. geschätzt.

3.2 Irakische Invasion des Iran

War die Hegemonialposition des Schah-Regimes in der Golfregion auch einige Zeit nach dem Abkommen von Algier unumstritten, so hatte sich doch die Lage weniger als 5 Jahre später grundlegend gewandelt. Das irakische Regime hatte sich stabilisiert, die Kurdenfrage war teils durch Gewalt und teils durch den Ausbau der sozialen Infrastruktur im verarmten Kurdistan erst einmal »gelöst«; die irakische Armee wurde zu einer der stärksten Armeen im Mittleren Osten ausgebaut, die Konflikte innerhalb der Ba'th-Partei waren beendet, mit Saddam Hussein hatte der populistische Ba'th-Staat eine despotisch regierende und unumstrittene Führerperson erhalten (5).

Mit Recht weisen die irakischen Machthaber den Vorwurf verfeindeter arabischer Regierungen (Syriens und Libyens) von sich, sie hätten aus Gründen innenpolitischer Instabilität und interner Machtkämpfe den Krieg gegen den Iran angezettelt (Aziz: 1981). Die innenpolitischen Spannungen vor dem Kriegsausbruch innerhalb der herrschenden Ba'th-Partei, zwischen der Cliquenherrschaft der sunnitischen Minderheit und der schiitischen Mehrheit, die Unterdrückung der Kommunisten (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung: 1981, 15 f) können m.E. für sich genommen allein, wie zuweilen in der Literatur behauptet wird (ebd., 17), den Kriegsausbruch nicht hinreichend erklären. Zu berücksichtigen ist dabei auch eine beachtliche und

sozial relativ ausgeglichene ökonomische Entwicklung und eine sich anbahnende politische Stabilität durch Führungswechsel in der Partei und im Staat.

Ganz anders waren aber vor dem Kriegsausbruch die militärischen und politischen Machtverhältnisse in der neu gegründeten Islamischen Republik Iran: Die Logistik der Kaiserlich Iranischen Armee war mit dem Schah-Regime selbst zusammengebrochen, die Soldaten desertiert, das Kriegsgerät nicht instandgesetzt. Die Islamische Republik durchlief in den Jahren 1979/80 buchstäblich die Wirren der nachrevolutionären Phase. Ein neuer Staat war nicht in Sicht bzw. erst im Entstehen, die Auseinandersetzungen um Inhalt und Form des neuen Staates noch voll im Gange, inneres Zerwürfnis und Mißtrauen bestimmten das innenpolitische Klima (6). Bewaffnete Kämpfe zwischen den neu geschaffenen Revolutionsgarden und der Volksmiliz einerseits und den intakten Überresten der Monarchisten, der Republikaner und linksislamischer Volksmodjahedin in der Armee andererseits waren gerade entflammt (Enke: 1982), die Islamische Republik war wegen der Geiselnahme von 52 US-Diplomaten in eine weltweite außenpolitische Isolation geraten. Diese desolaten Verhältnisse auf der iranischen Seite mögen auch dem erstarkten irakischen Regime von Saddam Hussein als äußerst günstig, ja geradezu als verlockend erschienen sein, durch eine militärische Invasion des Iran nicht nur die von der Islamischen Revolution ausgehende Hauptbedrohung für sich selbst und andere Regime in den Golfstaaten sozusagen präventiv und stellvertretend auch für diese Regime auszumerzen (7). Die propagandistischen Aktivitäten der islamischen Führung zum Export der Islamischen Revolution lieferten dem Irak hinreichend Vorwand, die historisch einmalige Chance zu nutzen. Mit einem Schlag und durch einen Blitzkrieg sollten gleichzeitig die iranische Ölprovinz Chusistan besetzt, der alte Territorialstreit im Schatt el-Arab zugunsten des Irak gelöst, der ersehnte Traum einer hegemonialen Macht in der Golfregion erfüllt und der panarabische Führungsanspruch in der gesamten arabischen Welt unterstrichen werden.

Nun ist aber das abenteuerliche und blinde Kalkül des starken Führers der panarabischen Ba'th-Partei Saddam Hussein nicht aufgegangen. Erreicht hat er allerdings, daß ein in der arabisch-islamischen Welt seit längerer Zeit schwelender und durch die Islamische Revolution im Iran bewußt gewordener Konflikt fortan auf dem Kriegsschauplatz ausgetragen wurde: der Konflikt zwischen Islam und Nationalismus.

4. Ideologische Komponenten des Golfkrieges: Panislamismus versus Panarabismus

In einer zur Rechtfertigung der irakischen Invasion des Iran veröffentlichten Schrift bekennt sich der irakische Außenminister Tariq Aziz zu zwei Kriegszielen der irakischen Ba'th-Partei: das erste betrifft den Grenzstreit im Schatt el-Arab und das zweite Ziel, das er als »nationales Ziel« bezeichnet, betrifft »die Region Ahwaz bzw. Arabistan oder Chusistan, wie sie die Iraner nennen« (Aziz: 1981, 10).

In bezug auf die Grenzgebiete vom Schatt el-Arab mag sich die irakische Ba'th-Partei auf ein völkerrechtlich immer noch nicht befriedigend gelöstes Problem stützen. Hinsichtlich der südwestiranischen Provinz Chusistan aber, in der immerhin 90 % des iranischen Erdöls produziert werden, argumentiert die irakische Ba'th-Partei nicht völkerrechtlich, da in diesem Fall auch völkerrechtlich nichts neu zu regeln wäre. Chusistan ist historisch und völkerrechtlich unbestreitbar Bestandteil des iranischen Territoriums. Die Legitimation für die gewaltsame Expansion in Chusistan begründen Tariz Aziz und die irakische Ba'th-Partei ideologisch. Die Bevölkerung in der Provinz Chusistan, die ganz im panarabischen Sinne »Arabistan« genannt wird, sei arabisch und damit Bestandteil der »arabischen Nation«. Daher sei aus der Sicht der irakischen Ba'th-Partei nicht die militätrische Besetzung von »Arabistan« verwerflich, sondern das Verhalten ihrer arabischen Kritiker, die die wahren Gefühle und heiligen Ziele der arabischen Nation verraten hätten. Die »Arabische Sozialistische Ba'th-Partei« verfolge als »nationalistische und unitäre Partei« durch die Expansion in Chusistan kein anderes Ziel, als durch die Befreiung der dort lebenden Araber den Idealen der Vereinigung der »arabischen Nation« ein Stück näher zu kommen. Schließlich habe sich die »Arabische Ba'th-Partei« die Einheit der ganzen »arabischen Nation« bereits bei ihrer Gründung auf ihre Fahne geschrieben (8).

Die Bezugnahme auf den in dem Gründungsdokument der Arabischen Ba'th Partei definierten »Willen des arabischen Volkes, sich zu befreien und sich zu vereinigen«, ist durchaus nicht eine nachträgliche Rechtfertigung der militärischen Besetzung Chusistans, sondern sie erfolgt in voller inhaltlicher Übereinstimmung mit propagandistischen Vorbereitungen des irakischen Agressionskrieges bereits am Vorabend des Kriegsausbruchs: »Die Volksmassen Arabistans (gemeint ist Chusistan, M.M.) haben ihre Unterstützung für den historischen Schritt des Irak beteuert, seine besetzten Gebiete von der rassistischen persischen Clique zurückzuerobern. Sie äußerten ihre Freude über die spektakulären Siege unserer heldenhaften Soldaten und Offiziere an der Ostflanke des arabischen Heimatlandes«. Eine Welle von Demonstrationen haben stattgefunden, die iranischen Revolutionsgarden seien in vielen Fällen angegriffen worden, »um den Heldenmut des Volkes von Arabistan zu beweisen, das für seine nationalen Rechte kämpft«. Soweit Originalton Radio Bagdad am 21. Sept. 1980, also einen Tag vor Kriegsbeginn (Archiv der Gegenwart: 1980, 23911 f.).

Innerhalb weniger Wochen war die panarabische Euphorie der irakischen Ba'th-Partei verblaßt. Die arabische Bevölkerung Chusistans empfing die irakische Armee nicht als Befreiungsarmee, sondern sie leistete ihr heftigen Widerstand bzw. flüchtete vor ihr. Innerhalb eines Jahres war die waffentechnologisch überlegene irakische Armee wieder von iranischem Territorium vertrieben. Doch genügte dieser Erfolg dem islamischen Revolutionsregime keineswegs, um den vom Irak begonnenen Krieg zu beenden, vielmehr ging es dazu über, den Krieg auf dem Territorium des Irak fortzusetzen. Ayatollah Khomeini legitimierte die Kriegsfortsetzung gegen das irakische Regime und

dessen Repräsentanten Saddam Hussein in zahlreichen Reden und Predigten, in denen er sich auf das heilige Buch, den Koran, und auf den Willen »Gottes des Allmächtigen« beruft. In einer seiner Predigten über den »Djihad« (den heiligen Krieg) am 11. Dez. 1984 äußerte er sich wie folgt:

> »Der Prophet (S) war eine Gnade für die ganze Welt, auch für die Ungläubigen, die er bekämpfte. Dies ist so, weil alle in Frieden leben können, wenn die Welt von Fitnah (dem Bösen) befreit ist ... Wenn die Tyrannen gezwungen werden, ihre Unterdrückung aufzugeben, ist es ein Segen nicht nur für das einfache Volk, sondern auch für die Tyrannen selbst. Denn wenn ein Ungläubiger sich selbst überlassen ist, um bis zum Ende seiner Tage jedwedes ihm genehme Verbrechen zu begehen, so wird die Bestrafung für ihn nach dem Tode größer sein als wenn ihn noch jemand vorher von seinen schändlichen Taten abgehalten hätte...
>
> Eine Religion – wenn sie eine ist –, die Krieg verbietet, ist fehlerhaft. Ich denke, wenn Jesus (A) die Gelegenheit dazu gehabt hätte, so hätte er gegen die Ungläubigen gekämpft so wie Moses (A) und Noah (A) es vor ihm getan haben. Diejenigen, die glauben, daß Jesus (A) gegen Krieg war, setzen ihn herab auf das Niveau eines bloßen Moralisten und beschmutzen ihn als Propheten. Ein Prophet ist kein Moralist. Ein Prophet hat ein Schwert; er macht Krieg und er macht Frieden. Obgleich Krieg nicht sein letztes Ziel ist, kämpft er, um die Welt von ihren Übeln zu befreien. Er bestraft die Verbrecher, um sie zu unterweisen und bringt den Menschen Frieden und Erlösung. Wenn wir uns heute für den Krieg gegen Saddam und seine Verbündeten engagieren und wenn heute unsere Jugend ruft »Krieg bis zum Sieg«, so widerspricht das nicht dem Koran. In der Tat ist das, was sie sagen, nur ein Bruchteil dessen, was der Koran besagt. Das, was wir sagen, liegt innerhalb der Grenzen unserer Möglichkeiten. Aber Gott, der Allmächtige, weil er die Welt in ihrer Einheit sieht, sagt »Krieg, bis zur Auslöschung von Fitnah (des Bösen) vom Antlitz der Erde« (Khomeini: 1985)

Zu keinem Zeitpunkt begründete auch Khomeini die Kriegsfortsetzung völkerrechtlich, sondern stets theologisch. Die Beseitung der »Fitnah« und der Quellen aller »Verbrechen gegen Gott und Islam auf der Erde« und die Bestrafung des Tyrannen im Diesseits, um ihm im Jenseits eine noch höhere Strafe zu ersparen, beschränkt sich nicht auf bestimmte Staatsgebiete, sondern sie ist grenzüberschreitend und universal. Ohne die regional- und supermachtpolitische Dimension des Golfkrieges geringschätzen zu wollen, muß die prägende und zugleich auch mobilisierende Funktion des Panarabismus bzw. des Panislamismus hervorgehoben werden. Der Panarabismus hat bei der Herausbildung der arabischen Staaten in diesem Jahrhundert und bei der Palästina-Frage eine bedeutende Rolle gespielt. Der Panislamismus hat in der islamischen Geschichte eine lange Tradition. Für ein tieferes Verständnis der Vorgänge im Nahen und Mittleren Osten einschließlich des Golfkrieges ist es hier unvermeidbar, auf die Genese dieser Ideologien einzugehen.

4.1 Panarabismus und Panislamismus im Osmanischen Reich

Kurioserweise haben beide Ideologien denselben historischen Ursprung: das im Zerfallsprozeß befindliche Osmanische Reich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die technologische und ökonomische Stagnation der letzten Jahrhunderte im Osmanischen Reich und in allen anderen orientalisch-asiatischen Hochkulturen wie Indien, China, Iran, war für diese Gesellschaften mit harten und schicksalhaften Konsequenzen verbunden. Unter den ökonomischen Druck des aufsteigenden Europa geraten, verloren die herrschenden Dynastien die Einnahmequellen aus dem Fernhandel. Indien wurde zur eng-

lischen Kolonie, China, der Iran und das Osmanische Reich wurden de facto zu »Halbkolonien« der europäisch-imperialistischen Staaten. Für das Osmanische Reich bedeutete diese neue Lage eine massive Einschränkung der Souveränität der Sultane und eine spürbare Schwächung der zentralistischen Staatsmacht. Die europäischen Botschaften diktierten den Sultanen ihre Politik und erzwangen die Öffnung der orientalischen Märkte für europäische Produkte. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gingen europäische Staaten sogar dazu über, das Osmanische Reich als Kolonie unter sich aufzuteilen. Frankreich besetzte 1881 Tunesien und England übernahm 1882 die militärische Herrschaft über Ägypten (Rodinson: 1979, 99). Hatten die veränderten ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisse zwischen Okzident und Orient den unaufhaltsamen Zerfall des Osmanischen Riesenreiches zur Folge, so bedeutete der Vormarsch des europäischen Imperialismus einen tiefen Eingriff von grundlegend neuer Qualität nicht nur in das ökonomische Leben der orientalischen Völker, sondern vor allem in deren Kultur.

Auf den sichtbaren, um sich greifenden Zerfall des Osmanischen Reiches und das Eindringen der christlich-abendländischen Kulturen in die islamisch-orientalische Seele der Völker entwickelten sich drei geschichtsbestimnmende Reaktionen: der türkische Nationalismus, der Panarabismus und der Panislamismus (Hartmann: 1948; Steppat: 1964; Rodinson: 1979).

Der türkische Nationalismus war der Ausdruck eines letzten verzweifelten Versuchs, das sinkende Schiff des Osmanischen Reichs zu retten, allerdings durch Unterordnung nicht-türkischer Völker unter türkische Herrschaft (Steppat: 1964, 195). Der arabische Nationalismus war einerseits Ausdruck des Widerstandes der arabischen Völker des Osmanischen Reiches gegen die kolonialistische Durchdringung (Rodinson: 1979, 99). Andererseits richtet er sich zugleich auch gegen den türkischen Nationalismus (Hartmann: 1948, 22) und die osmanische Zentralmacht (Steppat: 1964, 186 u. 194f.; Rodinson: 1979, 100). Der Panislamismus stellte sich zugleich zwei Herausforderungen: der westlich kolonialistischen und der des aufkeimenden Antagonismus der innerosmanischen Nationalismen. Sie sollten durch die Einheit aller islamischen Völker unter dem Banner des gemeinsamen islamischen Glaubens im Kampf gegen den europäischen Kolonialismus aufgehoben werden. Auf die Folgen des türkischen Nationalismus wird hier nicht weiter eingegangen. Unsere Aufmerksamkeit richtet sich weiterhin auf die im Osmanischen Reich konkurrierenden aber nicht antagonistischen antikolonialistischen Ideologien des Panarabismus und des Panislamismus.

4.2 Panarabistische Sprachregelung: Qawm (Nation) statt Watan (Heimat)

Der arabische Nationalismus im Osmanischen Reich war eine aus der Gemeinsamkeit von Sprache und Kultur vieler arabischer bzw. im Laufe von Jahrhunderten arabisierter Ethnien heraus begründete Möglichkeit, den durch den Zerfall des Osmanischen Reichs sich anbahnenden staatlichen Identitätsverlust zu ersetzen und die eigene Isolation durch eine neue Identität gegen den

europäischen Kolonialismus zu überwinden. Es ist auffällig, daß die Vorreiter und Hauptverfechter des Panarabismus aus den christlichen Minderheiten des Osmanischen Reiches stammten. Einer der ersten Theoretiker des panarabischen Nationalismus, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine umfassende Begründung für die arabische Nation lieferte, war der syrische Christ Nadjib al-Azuri (Steppat: 1964, 196), der 1904 die »Ligue de la Partie Arabe« ins Leben rief, deren Ziel die Schaffung eines selbständigen arabischen Reiches aus den arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches war (Hartmann: 1948, 32). Azuri folgten weitere bedeutende Theoretiker des panarabischen Nationalismus, wie der libanesische Christ Constantin Zurayg, der syrische Moslem Sati'al-Husri (Rodinson: 1979, 112), der in einer katholischen Familie aufgewachsene Syrer Michel 'Aflaq, der Anfang der vierziger Jahre entscheidend zur Gründung der »Arabischen Ba'th (=Wiedergeburts-)-Partei« beitrug (Tibi: 1971, 189). Das häufige Auftreten von Christen als Verfechter des arabischen Nationalismus ist durchaus nicht zufällig, erhofften sich doch gerade sie als Minderheiten unter der islamischen Mehrheit von einem überkonfessionellen arabischen Reich vergleichbar größere Autonomie und Entfaltungsmöglichkeiten. Auch die kulturelle Bindung der arabischen Christen an die europäische Kultur (Steppat: 1964, 196f.) begünstigte ihre Rolle als Vorreiter des arabischen Nationalismus. Denn der Nationalismus ist ein Produkt westlicher Zivilisation. Im Orient und im Osmanischen Reich war er bis zum 19. Jahrhundert als solcher unbekannt (Hartmann: 1948, 19f.). Orientalisten führen die ideengeschichtlichen Quellen des arabischen Nationalismus primär auf die deutsche Romantik und deren politische Theorien zurück (Tibi: 1971, 130f. u. 158). Der Einfluß der in Europa entwickelten nationalistischen Ideologien auf die Entfaltung nationalistischer Ideen im Orient ist unbestritten. So verwundert es kaum, daß die arabischen Christen, die durchweg in Europa ausgebildet und von nationalistischen Ideen europäischer Prägung inspiriert wurden, Hauptträger des arabischen Nationalismus geworden sind.

Getreu den europäischen Theorien über die Nation wurde in der entfalteten Ideologie des arabischen Nationalismus der gemeinsamen Sprache ein höherer Rang eingeräumt als der gewachsenen territorialen Bindung der Araber in den verschiedenen Regionen. Die Araber stellten demnach eine einheitliche Ethnie, ein *Qawm* (eine Nation) dar. Der für die ethnische Spezifizierung und Identitätsbezeichnung der Araber historisch bedeutsamere Begriff *Watan* (Heimat) wurde allerdings unterdrückt (Rodinson: 1979, 113). Denn für die Errichtung eines arabischen Großreiches vom »Arabischen« Golf im Osten bis zum Atlantischen Ozean im Westen, dem Traumziel der Gründer der »Arabischen Ba'th-Partei« und den Theoretikern der »Arabischen Widergeburt«, war die Hervorhebung eines gemeinsamen Nationalgefühls und einer homogenen arabischen Nation entscheidend. Umgekehrt gab es in einem erträumten arabischen Großreich für die Vielzahl von unterschiedlichen regionalen Bezeichnungen, Besonderheiten und Identitäten sowie das Heimatgefühl kaum einen Platz. Der panarabische Nationalismus hat weder zur Reichsgründung geführt noch war er in der Lage, antikolonialistische Revolutionspro-

zesse im Interesse einer ökonomisch eigenständigen Entwicklung in Gang zu setzen. Die von ihm ausgehende Illusion einer homogenen arabischen Nation und die Relativierung oder gar Unterdrückung des Heimatgefühls bescherte allen arabischen Völkern bis in unsere Gegenwart hinein verhängnisvolle Folgen.

Die Illusion eines Gemeinsamkeitsgefühls der großen arabischen Nation war und ist kein befriedigender Ersatz für die Leiden des palästinensischen Volkes, die es durch den gewaltsamen Heimatverlust auf sich nehmen mußte (vgl. Baram: 1983). Für dieselbe Illusion mußte auch die Armee der »Arabischen Partei der Wiedergeburt« des Irak bitter bezahlen, die glaubte, in Chusistan als Befreiungsarmee begeistert gefeiert zu werden, bloß weil die dort lebenden Menschen Araber sind.

4.3 Der Panislamismus: Über die Teilung der Welt in »dar al-islam« und »dar al-harb«

Im Unterschied zur panarabischen Ideologie brauchte die Idee eines einheitlichen islamischen Staates nicht fremden ideengeschichtlichen Quellen entlehnt zu werden. Immerhin existierte jahrhundertelang ein arabisch-islamisches Weltreich, dessen Einflußbereich auf seinem Höhepunkt von Zentralasien bis nach Europa reichte. Die Heilige Schrift des Islam, der Koran, enthält kein in sich geschlossenes und ideologisch begründetes Konzept für eine kriegerische Religionsausbreitung. Sie gibt vielmehr, wie zu allen anderen Fragen der sozialen und politischen Beziehungen, Anweisungen aus der aktuellen Situation heraus, in der sich Mohammed und seine Anhänger während der Entstehung und Ausbreitung des Islam befanden (Rajewsky: 1980, 21). Anweisungen Mohammeds im Koran, wie »und kämpfet wider Sie, bis kein Bürgerkrieg mehr ist und bis alles an Allah glaubt« (Sure 8,40) oder »und bekämpft sie, bis die Verführung aufgehört hat und der Glauben an Allah da ist. Und so sie ablassen, so sei keine Feindschaft außer wider die Gerechtigkeiten « (Sure 2,188 u. 189) dienten offenbar dem Schutz der islamischen Gemeinde (Rajewsky: 1980, 20.) Dies war noch keine offensive Aufforderung zum Djihad, zum Heiligen Krieg gegen die Ungläubigen. Hier liegen aber die Grundlagen für die erst in der Nach-Mohammed-Ära entwickelten universalen Ziele des Heiligen Krieges einschließlich »kriegerischer Eroberung von Ländern der Ungläubigen im Sinne einer Verteidigung des eigenen, einzigen rechtmäßigen Glaubens« (ebd., 27). Während der Herrschaft der Kalifen wurde eine in sich stimmige Begründung des islamischen Staates entwickelt, die sich zwar nicht auf die göttliche Offenbarung durch den Propheten, wohl aber auf ein entwickeltes und allgemein anerkanntes theokratisches Weltverständnis berufen konnte. Demnach ist Gott das Oberhaupt der islamischen Gemeinde, der diese durch seinen Propheten bzw. Kalifen leiten läßt. Der islamische Staat, wie er sein soll, ist ein theokratischer Staat. Alle anderen Staaten haben im Grunde keine Legitimation fortzubestehen. Solange aber die gesamte Menschheit nicht zum Islam übergetreten ist und solange auf der Erde auch nicht-islamische Staaten existieren, zerfällt die Welt in zwei Hälften, in: »dar al-islam« (Reich des Islams bzw. Reich des Friedens) und »dar al-harb« (nichtislamisches Gebiet bzw. Reich des Krieges). Das innere Band des Reichs des Islams beruht nicht auf der Abstammung oder Ethnie, sondern auf dem Glauben. Die außerislamische Welt ist in zahlreiche Völker und Religionsgemeinschaften gespalten, die im Grunde dazu verpflichtet sind, den Islam anzunehmen. Zwischen »dar al-islam« und »dar al-harb« herrscht in der Regel Kriegszustand, solange bis der letztere Teil sich dem Reich des Islam unterworfen hat (Hartmann: 1948, 12; Rajewsky: 1980, 27). Die Bewohner des »dar al-harb« zerfallen nun in zwei Hauptgruppen: die sich einer göttlichen Offenbarung durch Propheten vor Mohammed verpflichtet fühlen wie Juden und Christen und daneben Heiden sowie Götzendiener. Dieser Unterscheidung entspricht auch die unterschiedliche Behandlung, die sie vom Islam zu erwarten haben. »Während mit den letzteren, den Heiden, kein Kompromiß möglich ist, sie also bekämpft werden müssen, bis sie Muslime geworden oder vernichtet sind, können die Besitzer einer Offenbarungsschrift auf eine gewisse Duldung rechnen, falls sie sich der Herrschaft des Islams unterwerfen und demütig die Kopfsteuer zahlen« (Hartmann: 1948, 12).

Dieses hier kurz skizzierte Weltverständnis war die Legitimationsgrundlage für die Expansion der islamischen Kalifen und die Gründung eines universellen, panislamischen Staates.

Eine auf diesem Weltverständnis beruhende panislamische Staatsidee hatte allerdings im 19. Jahrhundert ihre Ausstrahlung schon längst verloren. Das Osmanische Reich, dessen Sultane sich als die legitimen Erben der islamischen Kalifen begriffen, durchlief die letzten Phasen seiner Existenz. Nicht diese veraltete Staatsideologie, sondern ihre zeitgenössische Version hätte, wenn überhaupt, die Ausstrahlung und Kraft besessen, eine panislamische Renaissance in Gang zu setzen und sich der kolonialistischen Herausforderung der ökonomisch und wissenschaftlich überlegeneren westlichen Gesellschaften zu stellen. So erfreuen sich reformistisch-panislamische Ideen, die gegen das Eindringen europäischer Kultur und kolonialistische Unterwerfung des Orients gerichtet sind, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Osmanischen Reich mindestens einer genauso breiten Popularität bei den Muslimen wie die panarabischen Ideen bei den Arabern. Hauptverfechter des modernistischen Panislamismus sind nach übereinstimmender Feststellung der Orientalisten der aus dem Iran stammende Gamaladdin Al Afghani und dessen ägyptischer Schüler Muhammed Abduh (Hartmann: 1948, 24; Steppat: 1964, 184; Rodinson: 1979, 100; Tibi: 1971, 154 f; Srour: 1977).

Afghani, den der deutsche Orientalist Richard Hartmann als den »geistigen Vater des Panislamismus« bezeichnet, unterscheidet zwischen zwei Formen der Loyalitätsbeziehung der Menschen zur Gesellschaft, die den von ihm beschriebenen Organismus zusammenhalten: der nationalen und der religiösen. Dem religiösen Loyalitätsverhalten räumt er dabei die eindeutige Priorität ein. »Die Geschichte der Muslime zeigt, daß die Muslime seit der Entstehung ihrer Religion bis in unsere Tage sich nicht zum völkischen Band und zur nationalen Gruppenidentität bekennen, sondern zum Band der Religion. Da-

her lehnen der Türke und der Perser nicht die Herrschaft der Araber über sich ab, und der Inder unterwirft sich dem Afghanen ..., solange nur der Herrscher sich an der Schari'a orientiert« (Afghani, zitiert nach Tibi: 1971, 154).

Das Leben und das Werk Afghanis belegen, daß er alles andere als ein rückwärtsgewandter islamischer Fundamentalist war. Er war nicht gegen wissenschaftliche und technologische Errungenschaften des Westens, sondern für deren Nutzbarmachung in einem antikolonialistischen Kampf der islamischen Völker. Afghani war auch keineswegs der Verfechter eines absolutistischen panislamischen Gottesstaates (ebenda), sondern er propagierte eine Art Konföderation von islamischen Staaten, in der nicht nur die nationale Autonomie aller Völker, sondern auch die Rechte nichtislamischer Minderheiten unangetastet bleiben sollten. (Srour: 1977, 182 f). Dennoch bleibt Afghani durch die Verabsolutierung der Religion als des zentralen Bandes jenes angestrebten panislamischen Staates einer theologischen Staatstheorie verpflichtet und so gesehen auch der Tradition des islamischen Kalifats verbunden. Deshalb kann Afghani an die in der islamischen Staats- und Kulturgeschichte tief verwurzelte Tradition der Herrschaftslegitimation islamischer Kalife ebenso anknüpfen, wie sich hundert Jahre später die Protagonisten eines fundamentalistisch panislamischen Staates der Islamischen Republik Iran auf Afghanis antikolonialistische und panislamische Ideen berufen können. Freilich ist Afghani sichtlich bemüht, seinen Glauben an die Legitimität des Islams als Fundament eines neuen islamischen Reiches mit der orientalischen Geschichte in Einklang zu bringen, indem er Loyalitätsbeziehungen auf den Islam zurückführt, die unabhängig von diesem auch in orientalischen Gesellschaften der vorislamischen Epoche anzutreffen sind.

4.4 Loyalitätsbeziehung zwischen der Zentralregierung und Ethnien. Anmerkungen über die spezifische Staatsform im Orient

Historisch ist Afghanis' Feststellung richtig, daß Türken und Perser die Herrschaft der Araber und der Mongolen über sich hingenommen haben, die Inder sich den Afghanen unterwarfen. Historisch nicht belegt ist allerdings die Annahme, daß die Duldung fremder Herrscher hingenommen wurde, da diese sich an der Schari'a orientierten und zum Islam bekannten. Gewiß war das Herrschen der Sultane und Könige durch ein scheinheiliges oder wirkliches Bekenntnis zu religiösen Überzeugungen ihrer Untertanen leichter, das Regieren reibungsloser und die Herrschaft von längerer Dauer. So sind mongolische Eroberer des arabischen Weltreiches zum Islam übergetreten, manche Könige Irans bekannten sich nach der Islamisierung zur Schia, obwohl sie Sunniten waren. Der Islam war nicht jenes zentrale Band, das für die Herrstellung einer permanenten Loyalitätsbeziehung zwischen Herrschern und deren Untertanen im Orient und zum Schutz der Gemeinde bzw. des Reiches unerläßlich war. Die vorislamische Geschichte orientalischer Gesellschaften und die gesamte Geschichte des nichtislamischen Orients widerspricht einer solchen These.

Die Geschichte Chinas, Indiens, Ägyptens, von Byzanz, des vorislamischen Iran und Rußlands ist voll von Eroberungszügen der Stämme und der Etablierung neuer Herrschafts- und Loyalitätsverhältnisse über andere Stämme unterschiedlicher Ethnien, Sprachen, Religionen und Kulturen. In seiner über zweieinhalbtausendjährigen Staatsgeschichte wurde der Iran jeweils jahrhundertelang von den Persern, Arabern, Mongolen, Türken, Afghanen und anderen Völkern beherrscht. Umgekehrt übte die herrschende Dynastie jeweils über diese und viele andere Völker, z.B. Kurden, Türken, Belutschen etc. ihre Herrschaft aus. Das Hauptziel der Eroberungszüge aufsteigender Stämme war nicht die physische Ausrottung fremder Ethnien, sondern die Ausdehnung der eigenen Machtbasis bis zur Staats- und Reichsgründung. Die persischen, islamisch-arabischen, mongolischen, osmanischen Reiche sind Beispiele dafür. War sie einmal abgeschlossen, so ging es bei den innerstaatlichen Kriegszügen um Dynastienwechsel. Die Entwicklung und Entfaltung ereignisreicher und geschichtsträchtiger orientalisch-asiatischer Hochkulturen folgt der inneren Dynamik der Tributaneignung, einer für diese Gesellschaften typischen und in der europäischen Geschichte kaum bekannten Ausbeutungsform. Die massenhafte Aneigung des Tributs ist die treibende Kraft der Unterwerfung von fremden Völkern, denen so kontinuierliche Tributzahlungen an den Eroberer auferlegt werden.

Je größer die Zahl der unterworfenen Völker und Stämme, je größer das Reich, desto umfangreicher die jährlich für die Staatskasse eingetriebene Tributmasse. Die Erweiterung der Tributbasis wird so zur expansionistischen Haupttriebkraft aller neu aufkommenden Dynastien, das Herrschaftsterritorium zu erweitern und eine möglichst große Zahl von Stämmen und Völkern unterschiedlicher Rasse, Sprache, Religion und Kultur zu eigenen Untertanen zu machen. Die Staats- oder Reichsgrenze endet nicht an den Grenzen fremder Völker und Kulturen, sondern dort, wo die militärischen Kräfteverhältnisse die weitere Ausdehnung des Reiches nicht mehr zulassen.

Eine ausführlichere Darstellung der Grundlagen für die Kontinuität der wechselvollen Geschichte der orientalisch-asiatischen Staaten würde hier zu weit führen (näheres dazu vgl. Massarrat: 1977). Fest steht, daß in solch orientalisch-asiatischen Staaten wie dem Iran, der m.E. den klassischen Fall der »Asiatischen Produktionsweise« darstellt, vor allem ein ökonomisches und ein machtpolitisches Loyalitäts- und Zwangsverhältnis zwischen den Herrschern und den Untertanen besteht: ökonomisch durch den Austausch von Tribut der Untertanen gegen infrastrukturelle Dienstleistungen der Zentralmacht, z.B. umfassende künstliche Bewässerungsanlagen für den Ackerbau, und machtpolitisch durch die Anerkennung der Herrschaftsfunktion der herrschenden Dynastie bzw. des Sultans und als Gegenleistung dessen militärischen Schutz gegen Übergriffe fremder Mächte. Bei der Herausbildung eines solchen Loyalitätsverhältnisses ist die kulturelle Anpassung der Untertanen an den herrschenden Stamm keineswegs zwingend. So werden die ethnischen Besonderheiten und kulturellen Eigenständigkeiten der unterworfenen Völker weitgehend nicht angetastet. Umgekehrt passen sich die neuen Herrscher

oft jenen bereits am weitesten entwickelten Kulturen an. Nur in einem einzigen Fall geht die expansionistische Reichsgründung im Orient mit einer teilweisen Anpassung der unterworfenen Völker an die Kultur der Eroberer einher: bei der Entstehung des islamischen Weltreiches. Die Islamisierung dürfte m.E. zu einem guten Teil auf die zivilisatorische Botschaft des aufsteigenden Islams in seinen Ursprüngen selbst zurückzuführen sein. Auch in diesem Fall beschränkt sich die Anpassung auf die Übernahme der Religion. Eine ethnische Verschmelzung und Arabisierung der eroberten Staaten wurde in den meisten Fällen zurückgewiesen. Die Völker des Iran behalten beispielsweise trotz jahrhundertelanger arabischer Herrschaft weitgehend ihre ursprüngliche Sprache und Tradition bei. Ähnliches gilt auch für das Osmanische, aber auch für das Russische Reich. Eine Türkisierung oder Russifizierung der unterworfenen Völker hatte kaum Erfolg und wurde auch mangels struktureller Zwänge nicht ernsthaft versucht. Daher ist es kaum verwunderlich, daß in den orientalisch-asiatischen Staaten unzählige Stämme unterschiedlicher Abstammung, Sprache und Religion in einem zentralistischen Staatenverband als Untertanen nebeneinander über sehr lange Zeiträume lebten, teilweise sogar ohne sich gegenseitig zur Kenntnis zu nehmen. Es sei hier nur am Rande bemerkt, daß das Aufkommen und die Zuspitzung ethnischer Konflikte auch in den übrigen Ländern der Dritten Welt eine Errungenschaft unserer Gegenwart ist, die im Zuge der »Modernisierung« und Verstädterung und geschürt von nationalistischen Ideologien zunahmen (9).

Ebenso wie die Entwicklungswege in Europa und in orientalisch-asiatischen Gesellschaften des Mittelalters waren auch die Voraussetzungen der Staatskonstitution in diesen Regionen grundverschieden. In Westeuropa begünstigten die feudal-dezentralen Ausgangsbedingungen die Herausbildung des Nationalstaats. Den herrschenden Klassen gelang es in der Regel, die Herausbildung von Zentralgewalten im Zuge der kapitalistischen Entwicklung mit religiösen, ethnischen, sprachlichen und territorialen Loyalitätsbeziehungen ihrer Untertanen in Übereinstimmung zu bringen. In den orientalistisch-asiatischen Gesellschaften hingegen fielen und fallen diese Loyalitätsbeziehungen selten zusammen. In der Regel bildet hier ausschließlich die territoriale Loyalitätsbeziehung die konstituierende Basis einer Dynastie und eines Staates, weshalb diese Staatsform in Abgrenzung vom Nationalstaat auch als Territorialstaat zu bezeichnen wäre. Versuche, hier das Nationalstaatsprinzip durchzusetzen, hatten oft die Unterdrückung oder Ausrottung ganzer Völker zur Folge, wie das Beispiel der Armenier in der Türkei zeigt.

4.5 Panarabismus und Panislamismus zwischen Emanzipation und Expansion

In einer oben skizzierten und im wesentlichen durch territoriale Bindung zur zentralistischen Herrschaftsmacht hergestellten Identitäts- und Loyalitätsbeziehung der Untertanenvölker sind letztere geneigt, die Autorität der Zentralmacht des Sultans bzw. des Königs anzuerkennen und sich mit diesem *ungeachtet* ethnischer und kultureller Unterschiede zu verbünden oder gar zu identifizieren, solange der Sultan die Existenz ethnischer und kultureller Eigenständigkeit der Untertanenvölker nicht angetastet hat. Umgekehrt hat auch der Sultan keinen Anlaß zu einem Eingriff in das ethnische und kulturelle Gefüge seiner Untertanen, solange letztere ihrerseits die Autorität des Sultans respektieren und ihm durch Zahlung von Tribut die Ehre zu erweisen bereit sind. Auf diesem Band der gegenseitigen Bindung, der gegenseitigen Loyalitäts- und Identitätsbeziehungen, beruht primär die Beständigkeit der ethnisch-kulturellen Heterogenität in den zentralistischen orientalisch-asiatischen Weltreichen bzw. Territorialstaaten und nicht auf dem Band des Islams, wie der Panislamist Afghani annahm, und auch nicht auf dem Band ethnisch-kultureller Identität, wie die panarabischen Ideologen aus verständlichen Gründen zu zeigen bemüht waren (10). Die ideologisch begründete Vernachlässigung dieser Zusammenhänge mag nun verdeutlichen, weshalb Panislamismus und Panarabismus als antikolonialistische Strategien in der jüngeren orientalischen Geschichte gescheitert sind. Die emanzipatorische Energie und Anziehungskraft beider Ideologien wurde in dem Maße schwächer, wie diese sich von den erfahrbaren, weil existierenden Gefühlen und Identitätsebenen der zu mobilisierenden Menschen entfernten und sich stattdessen abstrakten, abgehobenen Zielsetzungen wie des panarabischen oder panislamischen Staates bedienten.

Der panarabische Nationalismus agierte an der Tatsache vorbei, daß z.B. für die Palästinenser der Traum nach wie vor die Rückkehr in die Heimat und nicht die Integration in den Schoß der »arabischen Nation« ist. Die Heimat, deren Begriff *Watan* der Panarabismus aus seinem Sprachgebrauch zu verbannen suchte, ist doch wichtiger als ihr Bekenntnis zur »arabischen Nation«. Die Geschichte dieses Volkes zeigt, daß der Glaube aller Araber, ob im Maghreb, ob auf der arabischen Halbinsel oder gar in den kulturellen Zentren der arabischen Wiedergeburtsideologie: Ägypten, Syrien und Irak erheblich geringere Mobilisierungskraft im palästinensischen Befreiungskampf entfesselt hat als die Energie, die die Bindung des kleinen palästinensischen Volkes an seine Heimat entfesseln konnte. Die Palästinenser mußten die Erkenntnis, daß sie sich im Kampf um die Rückkehr zur Heimat heute weniger denn je auf die »arabische Nation« verlassen können, bitter mit ihrem Blut bezahlen. Der panarabische Nationalismus in seiner aktuellen Gestalt der irakischen Ba'th-Partei setzte sich über die Tatsache hinweg, daß für die Araber in Chusistan die eigene Heimat und ihre historisch gewachsene territoriale Bindung zum iranischen – ob monarchistischen oder islamischen – Zentralstaat wichtiger waren als der Anschluß an eine erträumte »arabische Nation«. Der panarabische Nationalismus vermochte nicht einmal die Araber des Osmanischen Reiches in einem einheitlichen Staat zu vereinen. Nicht der Panarabismus, sondern die regionalen Besonderheiten haben bei der Entstehung einer Vielzahl arabischer Staaten nach dem Untergang des Osmanischen Reiches den Ausschlag gegeben. Der Panarabismus blieb als progressiv-vereinende Kraft wirkungslos und verlor durch folgenschwere Niederlagen: 1948 und in der Gestalt des Nasserismus 1967 in Palästina endgültig auch seine politische und moralische Legitimation.

Ebenso wie der Panarabismus hat auch der Panislamismus seine emanzipatorisch-antikolonialistische Legitimation, wenn er sie je besessen hat, schon längst aufgegeben. Die Loyalität islamischer Völker zum eigenen Territorialstaat bzw. zu einem den regionalen Bindungen zuträglichen Staat war offensichtlich stärker als die Anziehungskraft eines anzustrebenden einheitlichen islamischen Zentralstaates.

Können der Panarabismus und der Panislamismus kaum eine glorreiche Geschichte als integrierende und treibende Kraft antikolonialistisch-emanzipatorischer Bewegungen im Nahen und Mittleren Osten vorweisen, so stehen sie sich heute an Tigris und Euphrat auf dem Schlachtfeld gegenüber. Die Qualität dieser Ideologien hat sich heute offenbar darauf reduziert, die expansionistischen und aggressiven Gelüste rivalisierender Staaten zu rechtfertigen und den vom Zaun gebrochenen Krieg am Golf andauern zu lassen.

Die irakische Ba'th-Partei appelliert an den Panarabismus der Araber, ihren Kriegsfeldzug gegen den Iran zu unterstützen, indem sie die Araber an die alte Feindschaft mit den Persern erinnert, indem sie sich im Rahmen propagandistischer Kriegsmobilisierung in ihren Massenmedien mit jenen arabischen Vorfahren auf eine Stufe stellt, die im siebten Jahrhundert und durch ihren ruhmreichen Sieg in Quadessieh den Untergang des Sassaniden-Reichs im Iran herbeiführten. Die irakische Ba'th-Partei mag mit dem ideologisch legitimierten Krieg gegen den Iran bei den panarabischen Überresten arabischer Länder auf Widerhall stoßen, sie muß dafür aber den Irakern Hunderttausende von Opfern zumuten und versuchen, die Soldaten der Armee mit allen Mitteln bei Laune zu halten und das Leiden der Zivilbevölkerung durch rapide Steigerung des westlichen Konsums vergessen zu machen. Vor dem Hintergrund dieser Tragödie für die irakische und iranische Bevölkerung, muß das panarabische Ziel der irakischen Ba'th-Partei, die arabische Bevölkerung in Chusistan befreien zu wollen, als eine Farce ohnegleichen erscheinen.

Ähnlich wie die Panarabisten, wenden sich die panislamischen Parteigänger Khomeinis, um den Krieg gegen das irakische Regime auf irakischem Territorium fortzusetzen, an die panislamischen Fundamentalisten in der gesamten islamischen Welt, indem sie, getreu dem Weltverständnis des islamischen Kalifats, den Irak zum »dar al-harb« (Reich des Krieges) und den irakischen Präsidenten Saddam Houssein zur Quelle des »Fitna« (des Bösen), zum Heiden, zum Götzendiener und zum Usurpator des islamischen Bodens erklären, mit dem keinerlei Kompromiß möglich sei, der deshalb auch vernichtet oder von islamischem Boden vertrieben werden muß. Der Panislamismus Khomeinis scheint für eine expansionistische Kriegsfortsetzung noch in der Lage zu sein, Hunderttausende von Märtyrer-Kandidaten, die bereit sind, in den »Heiligen Krieg« zu ziehen, und den »dar al-harb« in den »dar al-islam« zu überführen, zu mobilisieren und in den Märtyrer-Tod zu schicken. All diejenigen Iraner aber, die nicht für den Islam, sondern ausschließlich gegen die irakische Aggression und zur Vertreibung der Besatzungsarmee von ihrem Watan (ihrer Heimat) in den Krieg gezogen waren bzw. das Regime Khomeinis gegen das irakische Regime unterstützten, kehrten ihm den Rücken, sobald die Befreiung der Heimat vom Aggressor beendet war und Khomeinis Regime dazu überging, für den Islam seinerseits durch die Kriegsfortsetzung einen Expansionsfeldzug zu entfachen.

5. Ausbreitung der Islamischen Revolution

Die Aussichtslosigkeit, einen panislamischen Staat zu gründen, bedeutet keineswegs, daß ein fundamentalistischer Islam – wie ihn Khomeini propagiert – über den Iran hinaus keine Bedeutung haben wird. Auch der arabische Nationalismus war, trotz der Aussichtslosigkeit eines panarabischen Staates, für mehrere Jahrzehnte die dominierende ideologische Kraft in den meisten arabischen Staaten. Der fundamentalistische Islam ist überdies, gegenüber den in der Tat westlichen Zivilisationen entlehnten nationalistischen Ideologien, insofern im Vorteil als er an eine traditionelle Kultur anknüpfen kann, die in den islamischen Gesellschaften verwurzelt ist. Darüber hinaus wird der fundamentalistische Islam durch historische Rahmenbedingungen begünstigt: zum einen hat der arabische Nationalismus seit der Niederlage Ägyptens im Sechs-Tage-Krieg gegen Israel 1967 und nach dem Tode von Jamal Abdel Nasser, der populärsten panarabischen Persönlichkeit, seine antikolonialistische Mobilisierungskraft verloren, die Lösung des Palästinaproblems – wichtigstes Nahziel des Panarabismus – ist weiter denn je in die Ferne gerückt. Andererseits gibt es die im wesentlichen ungelösten sozialen Probleme der unzufriedenen, aus ihrem bäuerlichen Milieu entwurzelten und in die urbane Kultur nicht bruchlos integrierbaren landflüchtigen und vom Panarabismus enttäuschten Millionen Moslems, die die Früchte der Petro-Dollar-Konsumsteigerung und Industrialisierung nur aus der »Mülltonnenperspektive« (Taheri: 1987) kennengelernt haben. Bei diesem Heer von enttäuschten und entrechteten Barfüßlern, in der Sprachregelung der Islamischen Revolution »Mostasafin« genannt, stößt die Botschaft Khomeinis über die Grenzen des Iran hinaus und jenseits des Schi'ia-Sunni-Gegensatzes in arabischen und anderen islamischen Ländern auf Widerhall (11). Khomeinis Islamische Revolution richtet sich nicht nur gegen die westlich orientierten »Modernisierungsprogramme« der Regierungen in den islamischen Ländern, sondern sie prangert gleichzeitig den Nationalismus, den Zionismus und den Kommunismus an, die gegen den Islam zur Legitimation weltlicher Herrscher und zur Besetzung islamischer Gebiete von außen importiert seien und dazu dienten, in der islamischen Welt Zwietracht zu säen und den Einfluß der Supermächte zu stärken. Die Islamische Revolution befindet sich – über den Konflikt Panislamismus/Panarabismus hinaus – in einem antagonistischen Gegensatz zu Israel, zu allen weltlichen Regimen in der islamischen Welt und freilich auch zu den Supermächten, vor allem zum »großen Satan« Amerika, dem Inbegriff für Imperialismus und für Unterdrückung der islamischen Völker und der »Mostasafin« in der ganzen Welt.

Die weiter unten noch nachzuzeichnenden bisherigen Ereignisse in der Golfregion, aber auch die künftigen Vorgänge in diesem Gebiet und in der islamischen Welt, müssen im Spannungsfeld dieses antagonistischen Globalkon-

flikts gesehen werden, der zumindest so lange bestehen dürfte, wie die Islamische Revolution im Iran von einem charismatischen Führer in der Person des Ayatollah Khomeini geführt wird, der mit seiner messianischen Botschaft des wahren, des originalen und des radikalen Islam immer noch in der Lage ist, die »Mostasafin« für die Ausbreitung der Islamischen Revolution zu mobilisieren.

5.1 Golfkrieg und Etablierung des Gottesstaates im Iran

Mit dem Sturz des Schah-Regimes wurde zwar eine richtungsweisende Epoche eingeleitet, der Weg zur Etablierung des Gottesstaates in allen Poren der iranischen Gesellschaft war aber durchaus nicht einfach. Der Kampf um Inhalt und Form des künftigen Staates im Iran war noch längst nicht entschieden. Dabei ging es einerseits um die Konstituierung eines islamisch-pluralistischen Staates, in den nicht-islamische Strömungen integriert sein sollten, und andererseits um einen islamischen Gottesstaat, der für liberal-islamische Strömungen und erst recht für Atheisten keinen politischen Spielraum zuließ. Die Invasion des Irak in den Iran hat den Prozeß der Etablierung der Errungenschaften der Islamischen Revolution und des Gottesstaates im Iran erheblichen Auftrieb verliehen. Weder die laizistischen, noch existierende kaisertreue Kräfte in der iranischen Armee oder die arabische Bevölkerung in der iranischen Provinz Khusistan haben jene Rolle gespielt, die ihnen das irakische Kriegsszenario offensichtlich zugewiesen hatte. Im Gegenteil: der irakische Generalangriff schüttete den tiefen Graben zwischen der noch laizistischen Armee, den neu geschaffenen islamischen Machtorganen und den Verfechtern eines islamisch-pluralen Staatsmodells geradezu schlagartig zu.

Khomeini gelang es, nach demselben taktischen Muster der Machteroberung gegen das Schah-Regime eine antiirakische Einheitsfront herzustellen und auch jetzt alle inneriranischen Auseinandersetzungen - wie einst - für sich zu entscheiden. Hatte Khomeini nämlich vor dem Sturz des Schah-Regimes alle antimonarchistischen, also bürgerlichen und linken Strömungen gegen Schah und konservative Mullahs zusammengeschlossen, um diese nach dem Sturz des Schahs zugungsten eines neuen Bündnisses mit eben denselben konservativen Mullahs für den Gottesstaat auszutauschen (Massarrat: 1982), so brachte er nach der irakischen Invasion das Kunststück fertig, die gesamte Energie aller Widersacher des Gottesstaates auf den Aggressor Saddam Hussein zu lenken, um sich deren zum geeigneten Zeitpunkt zu entledigen. Tatsächlich verlor der erste Staatspräsident der Islamischen Republik Iran, Bani Sadr, der Verfechter eines islamisch-pluralen Staatsmodells war, im Zuge der antiirakischen Mobilisierungskampagnen seine Basis und floh ins Ausland. Die noch übriggebliebenen Oppositionsgruppen wurden blutig niedergeschlagen, der Rest von individuellen Freiheiten abgeschafft und in allen gesellschaftlichen Bereichen die fundamental-islamischen Prinzipien durchgesetzt, um diese dann durch eigene Kader und eigene Machtorgane abzusichern. Die sehr hochgesteckten Kriegsziele, wie z.B. Sturz von Saddam Hussein und damit die Entschlossenheit, den Krieg auch nach der Vertreibung der irakischen

Armee von iranischem Territorium - die ja im Juli 1982 erfolgte - und ohne Unterstützung der nichtfundamentalistischen und nichtislamischen Kräfte fortzusetzen, war nicht nur nach außen gerichtet, sondern diente dazu, den fortschreitenden Prozeß der Islamisierung des gesamten Lebens im Iran abzusichern.

5.2 Jerusalem, Bagdad und Mekka als Transmissionsriemen der Islamischen Revolution

Unmittelbar nach dem Sieg der Islamischen Revolution im Iran nannte Khomeini das erste über die Grenzen des Iran hinausweisende Ziel der Islamischen Revolution: die Befreiung von *Qouds* (islamische Bezeichnung für Jerusalem). *Qouds* sei von jeher islamisches Gebiet, dort befänden sich wichtige islamische Heiligtümer. Der zionistische Staat Israel habe gewaltsam islamisches Gebiet usurpiert und halte dieses Gebiet widerrechtlich in seinem Besitz (12). Die Vertreibung des Usurpators vom islamischen Boden sei somit durch »Djehad«, den Heiligen Krieg, die Pflicht eines jeden Moslems. Zur Unterstreichung dieses heiligen Zieles wurde der erste Khordad (22. Mai) als »Tag der Befreiung von Qouds« ausgerufen, der seitdem jährlich durch Massendemonstrationen im Iran begangen wird. Gleichzeitig wurden alle islamischen Staaten aufgerufen, durch Demonstrationen und Aktionen an diesem Tag ebenfalls für die Befreiung von Qouds einzutreten. Damit sagte Khomeini dem Panarabismus bereits vor dem Golfkrieg an einem neuralgischen Punkt den Kampf an. Die panarabische Alternative zur Befreiung des palästinensischen Volkes (der Weg zur Einheit der arabischen Nation geht über Palästina) sollte fortan durch die panislamische Alternative der Befreiung des islamischen Territoriums (der Weg der Islamischen Revolution geht über Qouds) verdrängt werden. Darüber hinaus sollten über das Ziel der Rückeroberung islamischer Heiligtümer auch alle konservativen und westlich orientierten Regime in der islamischen Welt in Bedrängnis gebracht und der Prozeß der Politisierung des Islams forciert werden.

Der nächste, ebenso wichtige, propagandistische Angriffspunkt Khomeinis nach der Machtergreifung in Teheran war das »gottlose Regime« von Saddam Hussein im Irak. Das Kalkül, die Islamische Revolution könnte zuallererst im Irak ihre erste Nachahmung finden, stützte sich auf handfeste Fakten: In den irakischen Städten Kerbela und Nadjaf befinden sich für die Schiiten nach Mekka die wichtigsten islamischen Heiligtümer, die Mehrheit der Bevölkerung im Irak sind Schiiten. Gewaltsame Unterdrückung der schiitischen Opposition, Verhaftung und Erschießung einer Reihe von bedeutenden schiitischen Würdenträgern durch das Regime von Saddam Hussein unmittelbar nach dem Sieg von Khomeini im Iran, all dies hat den Weg für eine politisch-psychologische Offensive von Khomeinis Parteigängern gegen den irakischen Ba'th-Staat geebnet.

Die Invasion des Iran, sozusagen als eine Art irakische »Flucht-nach-vorne-Strategie«, hat Bagdad unweigerlich zur Hauptzielscheibe des islamischen Fundamentalismus und zum Schlüssel der Ausbreitung der Islamischen Revo-

lution in Khomeinis Konzept werden lassen. Der vom »Heiden« Saddam Hussein begonnene offene Krieg wurde dankbar aufgenommen und voll in das eigene Konzept der Revolutionsausbreitung integriert. An die Stelle des alle antimonarchistischen Kräfte vereinenden Feindbildes Schah Reza Pahlewi, das Khomeini half, den Weg für die Errichtung des Gottesstaates zu ebnen, trat fortan das neue Feindbild Saddam Hussein, das dazu diente, dessen panarabischen Feldzug im Iran in einen islamischen Feldzug gegen Saddam Hussein und alle Usurpatoren weltlicher Mächte auf »islamischem Boden« umzuwandeln. Die Mobilisierung für den Krieg gegen das irakische Regime von Saddam Hussein, der formell nicht als »Djehad« (Heiliger Krieg) ausgerufen wurde, suggerierte unverkennbar den Vergleich mit dem »Djehad« des Propheten, den dieser im sechsten Jahrhundert gegen die ungläubigen Stammesgenossen empfohlen hatte. Nur durch den »Djehad« können Gebiete der Ungläubigen in Gebiete des Islam (Islam = göttlicher Frieden) umgewandelt werden. Dies ist die Pflicht jeden Moslems, für deren Erfüllung er mit der Vergebung der Sünden und den Eintritt ins Paradies belohnt wird (Rajewsky: 1980, 20). Ein Kämpfer im Heiligen Krieg erhält im Falle seines Todes für den göttlichen Auftrag den ehrenvollen Titel eines Märtyrers (*Schahid*, gleichbedeutend mit Zeuge) und gelangt als solcher ohne Warten auf die Auferstehung und das Jüngste Gericht direkt ins Paradies. Dort erwarten ihn in grünen Gärten schöne junge, schwarzäugige ewige Jungfrauen, kostbare Früchte, Milch, Honig, strömende Wässer, ewiger Frieden und die Anschauung Allahs (13).

Der Glaube an diese paradiesischen Verheißungen des Märtyrertodes, der in der schiitischen Tradition einen noch größeren Stellenwert bekam und bis heute stets gepflegt wurde, nahm in der islamischen Welt insgesamt und nimmt in der Islamischen Republik Khomeinis heute dem Tod seinen Schrecken und mag auch zum Verständnis der ungeheuren Anziehungskraft beitragen, die die Gläubigen geradezu enthusiastisch in den Krieg gegen das irakische Regime und die Ungläubigen ziehen läßt. Der von Saddam Hussein angezettelte Krieg bot den islamischen Revolutionären die Gelegenheit, mit ihrem Blut die Überlegenheit des Islams gegenüber den weltlichen Wertvorstellungen einer panarabischen Armee unter Beweis zu stellen, die trotz waffentechnologischer Überlegenheit auch tatsächlich eine Niederlage nach der anderen hat einstekken müssen. Unter der Parole »Krieg, Krieg bis zum Sieg« und mit jenen dermaßen hochgesteckten Kriegszielen, wie dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein oder gar der Auflösung der irakischen Ba'th-Partei verstößt Khomeini gewiß gegen internationale Gepflogenheiten und das Völkerrecht, und er nimmt auch die dadurch bedingte Isolation Irans von den Regierungen islamischer Staaten und innerhalb der Vereinten Nationen bewußt in Kauf, um die dort schlummernden Energien für die Errichtung eigener islamischer Staaten und die Ausbreitung der Islamischen Revolution zu entfesseln.

Tatsächlich haben die zahlreichen militärischen Siege des Iran im Golfkrieg, die Einnahme der Madjnun-Sumpfgebiete, der Halbinsel Fao sowie die Einkreisung Basrahs einerseits, und die Vertreibung der israelischen Armee aus

dem Südlibanon durch die libanesischen Schiiten andererseits die Regierungen der Golfstaaten in Angst und Schrecken versetzt und die Richtung künftiger Entwicklungen in der Region angezeigt.

Ein vollständiger militärischer Sieg des Iran über den Irak und die Verwirklichung iranischer Kriegsziele würden die Machtstrukturen im Nahen und Mittleren Osten unweigerlich umkrempeln und sich auf die islamischen Länder in anderen Regionen auswirken: für die Fortexistenz konservativer Herrscher in den arabischen Emiraten am Golf bestünde wahrscheinlich keine Chance mehr, das Regime des Saud-Clans in Saudi-Arabien geriete in den Wirbel politischer Umwälzungen, der islamische Widerstand gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans würde neuen Auftrieb erhalten, und die fundamentalistischen islamischen Bewegungen in allen islamischen Ländern würden ihre Basis erheblich ausbauen. Genau aus diesem Grunde soll ein endgültiger militärischer Sieg des Iran notfalls durch direktes militärisches Eingreifen der USA, das vermutlich auch die Zustimmung der übrigen NATO-Staaten finden und von der Sowjetunion sogar geduldet werden könnte, verhindert und so einer Ausbreitung der Islamischen Revolution durch den Krieg ein Riegel vorgeschoben werden. Der Revolutionsführer Khomeini erkannte allerdings längst die gegenwärtigen Schranken seiner Strategie der Revolutionsausbreitung über militärische Siege im Golfkrieg. Mit dem ihm eigenen ungeheuren politischen Instinkt für reale Schranken bzw. Möglichkeiten der Machterweiterung erkannte Khomeini die Zeichen der Zeit und eröffnete neben der militärischen Front eine neue Front der Agitation und nicht-militärischer Aktion innerhalb der islamischen Welt. Ohne die Kriegsfortsetzung als Option aufzugeben und ohne sich angesichts der provokatorischen Herausforderungen der US-Marine im Golf auf ein militärisches Abenteuer einzulassen, sollen die antiamerikanische Agitation verstärkt und bedeutende amerikafreundliche Regime in der islamischen Welt direkt an den Pranger gestellt werden. Die Saudische Herrscherfamilie als Hauptfinanzier des Irak im Golfkrieg und selbsternannter Hüter der islamischen Heiligtümer Mekka und Medina, in der arabischen Welt außer ihrer Spendierfreudigkeit nicht sonderlich geachtet, steht trotz ihrer Frömmigkeitsgebärden neben dem Regime von Saddam Hussein im Irak und Israel an der Spitze von Khomeinis Liste der Usurpatoren islamischer Gebiete. Die jährliche Wallfahrt von Millionen Moslems aus aller Welt nach Mekka, nach dem Sieg der Islamischen Revolution im Iran für Khomeinis Revolutionäre ohnehin die wichtigste Gelegenheit, außerhalb der Grenzen des Iran die Botschaft Khomeinis direkt zu verbreiten (Ende: 1985, 153 f), sollte nunmehr zu einem neuen Kristallisationspunkt zur Ausbreitung der Islamischen Revolution ausgebaut werden und darüber hinaus dazu dienen, den Besitz- und Machtanspruch der Saudis auf die die gesamte islamische Welt verbindenden Heiligtümer in Mekka und Medina ernsthaft in Frage zu stellen.

So beschwor Khomeini in einer bemerkenswerten und von seinen Anhängern in »Die Plattform der Islamischen Revolution« getauften Botschaft anläßlich des bevorstehenden Haddsch, der Wallfahrt nach Mekka, im Sommer 1987

die Moslems und die Entrechteten in der Welt, »die gegenwärtig günstigen Bedingungen«, die sich dank der Stabilität und Autorität der Islamischen Revolution im Iran ergeben haben, »bewußt zu nutzen und sich mit vereinten Kräften aus der Abhängigkeit von den Supermächten zu befreien«. Die iranischen und nicht-iranischen Pilger ermahnt er in derselben Botschaft, »durch die Teilnahme an Demonstrationen und Märschen in der näheren Umgebung der göttlichen Stätte die Gottlosen, die Ketzer und die Arroganz der Mächtigen, insbesondere des verbrecherischen Amerikas, zu verdammen, und nicht zu versäumen, Euren Zorn und Haß gegen die Feinde Gottes und der Völker lautstark zum Ausdruck zu bringen« (Khomeini: 1987).

Die politische Demonstration der Anhänger Khomeinis in Mekka wurde blutig niedergeschlagen, seine Botschaft dürfte in der islamischen Welt aber nicht ohne Widerhall bleiben.

Weder die persönliche Feindschaft gegen den irakischen Präsidenten Saddam Hussein noch die Ausbreitung des Schiismus zu Lasten der sunnitischen Mehrheit in der islamischen Welt bestimmen das Denken und Handeln des alten Ayatollahs in Teheran, wie so oft in den Medien des Westens genauso oberflächlich wie fälschlich angenommen wird. Sein Ziel war und bleibt die Islamisierung der Politik und die Politisierung des Islams in allen islamischen Ländern. »Wir sind entschlossen«, so Khomeini, »mit dem Export unserer Revolution, der in Wirklichkeit der Export des wahren Islams und der Befehle des Propheten ist, der Herrschaft und der Tyrannei der Mächtigen der Welt ein Ende zu setzen«. Zur Erreichung dieses Zieles sind sie bereit, verkündet er, »nichts zu unterlassen und auch eigenes Leben zu opfern ...«. »Entweder werden wir uns in Freude über den Sieg der gesamten islamischen Welt die Hände reichen oder wir gehen dem ewigen Leben und dem ehrenhaften Märtyrertod entgegen. In beiden Fällen ist der Sieg auf unserer Seite« (ebd.).

5.3 Antiamerikanismus der Islamischen Revolution

Khomeini hat aus seiner tiefen Abneigung gegen kapitalistische und kommunistische Wertvorstellungen und Normen, gegen fremdbestimmte Einflüsse auf den Iran und die islamischen Gesellschaften überhaupt nie einen Hehl gemacht. Bereits vor der Machtergreifung im Iran wurde mit der Parole »Weder Osten noch Westen, sondern Islamische Republik« die außenpolitische Eigenständigkeit der Islamischen Revolution unterstrichen. Dem Antiamerikanismus kam und kommt dabei immer noch eine herausragende Bedeutung zu. Der »große Satan« Amerika ist für Khomeini der Inbegriff des Imperialismus und der Ausbeutung der »Mostasafin«, der Entrechteten, und das Symbol der Unterdrückung der Eigenständigkeit der Völker der Dritten Welt; der »American Way of Life« ist für ihn Ausruck kultureller Dekadenz. Für die Verfechter der Islamischen Revolution im Iran, selbst einst Leidtragende des von Amerikas Gnaden herrschenden Schah-Regimes, wurde die Parole »Marg bar Amrika« – nieder mit Amerika – zu der am meisten gerufenen Parole, die seit 1979 bei Massendemonstrationen und zu verschiedenen Anlässen in den Straßen von Teheran, in den Moscheen und anderswo ertönt.

Der Antiamerikanismus hat sich nicht nur in den inneriranischen Auseinandersetzungen gegen Khomeinis Gegner, beispielsweise im Zusammenhang mit der Geiselnahme von US-Diplomaten in den Jahren 1979/80, als ein wirkungsvolles Kampfinstrument erwiesen, sondern auch über die Grenzen des Iran hinaus. Als im November 1979 über 200 Angehörige einer fundamentalistisch-saudischen Strömung gegen das saudische Regime rebellierten und sich in der großen Moschee von Mekka verschanzten, bezeichnete Khomeini diese Schmähung des islamischen Heiligtums als das Werk Amerikas. Unmittelbar nach dieser öffentlichen Feststellung des Ayatollah stürmten hunderttausende Moslems in Karachi die US-Botschaft und setzten sie in Brand.

Der Antiamerikanismus ist eine politische Sprache, die von den »Mostasafin« in den islamischen und wahrscheinlich auch nicht-islamischen Ländern der Dritten Welt sehr wohl verstanden wird. Die jahrzehntelange imperialistische Politik der USA selbst hat hierzu am wirksamsten beigetragen. Der Antiamerikanismus ist ein agitatorisches Kampfinstrument im Dienst der Ausbreitung der Islamischen Revolution, der die panarabischen und konservativen weltlichen Regime gleichermaßen als Werkzeug Amerikas in der arabisch-islamischen Welt isolieren soll. Je intensiver die USA für den Schutz konservativer Regime in den Golfstaaten in Erscheinung treten und dort ihre militärische Präsenz zur Schau stellen, und je offener sie im Golfkrieg für den Irak Partei ergreifen, desto leichter gelingt es Khomeini, in seiner politischen Agitation den Beweis für seine schon immer aufgestellte Behauptung anzutreten, daß weltliche Regime nur Dank der Gnade des »großen Satans« Amerika die islamische Gemeinde beherrschen können. Selbstbewußt erinnert Khomeini diese Regime an das Schicksal des Schah-Regimes: »Ich rate den Staatsführern im Persischen Golf, sich selbst und die Völker ihrer Länder wegen einer politisch, militärisch und ökonomisch bankrotten Person (gemeint ist Reagan) nicht länger geringzuschätzen und durch Zuflucht zu Amerika die eigene Schwäche und Unfähigkeit nicht länger zu dokumentieren und sich zum Schutze der eigenen Interessen nicht der Dienste der Wölfe und Wilden zu bedienen. Die Supermächte werden sogar ihre ältesten und teuersten Freunde opfern, wenn es ihnen als sinnvoll erscheint. Freundschaft, Feindschaft, Dienerschaft und Ehrlichkeit sind für sie wertlose Begriffe. Sie machen keinen Hehl daraus, daß nur ihre eigenen Interessen zählen. Es wäre für manch ergebene Führer der islamischen Länder besser, ihren geld- und gewaltsüchtigen, hinterlistigen Herren ernsthaft zu empfehlen, nicht so sehr von ihren Interessen im Persischen Golf zu sprechen, da die Völker der Region hierauf besonders empfindlich reagieren können ...« (Khomeini: 1987).

6. Golfkrieg als Stabilisierungsfaktor der Weltökonomie und Weltpolitik. Düstere Perspektive eines Friedens in der Golfregion

Vor einer Einschätzung der Friedensaussichten in der Golfregion soll zwecks einer realistischen Beurteilung an einen anderen Konflikt in geographischer Nähe derselben Region erinnert werden, der inzwischen über 39 Jahre andau-

ert: den Nahost-Konflikt. Seit dem israelisch-arabischen Krieg 1948-49 wurden im Nahen Osten weitere Kriege und zahlreiche bewaffnete Auseinandersetzungen geführt, so z.B. der Suez-Krieg 1956, der Sechs-Tage-Krieg 1970, der Yom-Kippur-Krieg 1973, der Libanon-Konflikt 1976 und der Libanon-Krieg seit 1982 (Kende: 1982, 98f; Hanf: 1983). In diesem langandauernden Konflikt waren und sind noch direkt verwickelt a) nahezu alle Staaten der Region: Israel, Ägypten, Syrien, Jordanien und Libanon b) regionsfremde Staaten wie Großbritannien und Frankreich und c) Befreiungsbewegungen, ethnische und religiöse Gruppen: palästinensische Organisationen, christliche Falangisten, Drusen und schiitische Moslems im Libanon. Indirekt beteiligt sind an dem Nahost-Konflikt fast alle Staaten des Mittleren Ostens und nicht zuletzt auch die beiden Supermächte, insbesondere die USA, die dank des großen Einflusses amerikanischer Juden in diesen Konflikt in besonderem Maße verwickelt sind. Der demographisch-territoriale Grundkonflikt in Palästina (Diner: 1983) ist überlagert vom Macht- und Herrschaftsinteresse in den übrigen Nahost-Ländern und von geostrategischen Interessen der Supermächte. Dieser ist ferner durchdrungen von ideologischen, religiösen und ethnischen Bezügen. Nach 36 Jahren ist ein Frieden im Nahen Osten immer noch nicht in Sicht.

Im Golfkrieg ist zwar die Kriegsfront noch überschaubarer als im Nahost-Konflikt: an diesem Krieg sind trotz bedrohlicher US-Intervention in die Golfregion bisher die Golfstaaten Iran und Irak unmittelbar beteiligt. Dennoch ist dieser Krieg nicht weniger komplex als jener Konflikt und die Aussichten auf einen Frieden hierbei sind auch nicht günstiger.

6.1 Ölreichtum und Golfkrieg

Profitträchtige Rohstoffquellen, wie die Ölquellen der Golfregion, sollten eigentlich dem Aufbau der Infrastruktur, sinnvoller Produktionsstätten und der Schaffung einer soliden Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung dienen. Tatsächlich dienten sie aber in der Golfregion bisher zu einem beträchtlichen Teil dem Aufbau der Militärapparate und dem Ausbau der Waffenpotentiale. Ohne aufgeblähten Militärapparat und umfangreiches Waffenpotential hätte der Irak den Krieg gegen den Iran vermutlich erst gar nicht vom Zaune gebrochen, jedenfalls nicht so leichtfertig. Sicher ist, daß die Ölquellen des Irak und des Iran den Krieg verlängern und die Friedensverhandlungen erheblich erschweren. Trotz massiver Angriffe des Irak auf die Ölproduktions- und Verladeanlagen des Iran hat dieses Land die Ölexporte zu keinem Zeitpunkt unterbrechen müssen. Die durchschnittlichen Öleinnahmen von ca. 20 Mrd. Dollar jährlich reichten aus, um neben den Waffenkäufen und der Finanzierung der Kriegsführung (monatlich ca. 1 Mrd. US-Dollar, Ferdowsi: 1984, 42) auch durch umfangreiche Nahrungs- und Konsumgüterimporte die Kriegslasten für die Bevölkerung in erträglichen Ausmaßen zu halten. Der Irak hat zwar seine Ölexporte wegen der Sperre der wichtigsten irakischen Ölexportroute im Schatt-el-Arab erheblich reduzieren müssen, dafür flossen aber um so reichlicher großzügige Kredite aus den arabischen Golfstaaten. Die Gesamthöhe

dieser Kredite wird bis Ende 1982 auf über 20 Mrd. US-Dollar geschätzt. Zudem übernahm Saudi Arabien Rohöllieferungen an irakische Kunden, die ihre Ölrechnung nicht an Saudi Arabien, sondern an den Irak bezahlt haben sollen (Robert: 1983, 124).

Die Kreditgeber des Irak können sich dank dessen reichlich sprudelnder Ölquellen auf die Kreditwürdigkeit des Landes verlassen, das alsbald in der Lage sein wird, die Schulden durch forcierte Ölexporte rasch zurückzuzahlen. Auf dieser Basis und solange, wie der innenpolitische Druck durch Subvention der Konsumgüter in beiden Ländern in Schranken gehalten wird, kann der Krieg für einen längeren Zeitraum mit der bisherigen Heftigkeit fortgeführt werden. Beide Staaten scheinen auch im Hinblick auf einen langanhaltenden Zermürbungskrieg alles zu unternehmen, um einen relativ ungehinderten Ölexport sicherzustellen. Der Iran ist gegenwärtig dabei, bei Bander Abbas ein neues Erdölterminal einzurichten, das 900 km von den irakischen Luftstützpunkten entfernt liegt und für die irakische Luftwaffe unerreichbar ist. Der Irak ist im Begriff, sich durch den Ausbau des durch die Türkei führenden Pipeline-Systems, durch den Bau neuer Pipelines nach Saudi Arabien und zum Roten Meer von der Wasserroute des Schatt-el-Arab und damit der Behinderung durch die iranische Marine unabhängig zu machen. Mit den neuen Pipelines wird der Irak in der Lage sein, den Rohölexport auf Vorkriegsniveau zu bringen (FR 22.4.1985).

Tragen die sprudelnden Ölquellen beider Staaten zur Verlängerung des Golfkrieges bei, so sorgt der Krieg selbst dafür, daß die Ölverbraucher zu dessen eigentlichen Nutznießern wurden.

Der Golfkrieg sorgt wie kein anderer ökonomischer oder politischer Hebel dafür, daß, entgegen weitläufigen Auffassungen, das Öl aus der Golfregion die Ölmärkte permanent überschüttet und den Ölpreis nach unten drückt. Der Ölpreis begann, nachdem er 1981 mit 34 US-Dollar/Barrel seinen Höhepunkt erreicht hatte, kurz nach Kriegsbeginn ständig zu sinken und bewegt sich gegenwärtig um 20 US-Dollar/Barrel. Iran und Irak waren und sind, um die Kriegskassen zu füllen (über 40 % des iranischen Haushalts sind für den Krieg vorgesehen; SZ 07.08.1984), bestrebt, ungeachtet der OPEC-Quotierung ihren Ölexport und damit ihre Öleinnahmen zu erhöhen: Der Golfkrieg wirkt sozusagen als Spaltpilz innerhalb der OPEC. Nie zuvor wagte ein OPEC-Land nach 1973/74, die Schwelle eines mengen- und preispolitischen Alleingangs auf Kosten der übrigen OPEC-Mitglieder so offen zu überspringen wie seit dem Beginn des Golfkrieges. Mit ebenso deutlicher Offenheit wie die Kriegsparteien Iran und Irak begannen auch andere OPEC-Staaten, etwa Nigeria und Indonesien, OPEC-Vereinbarungen zu unterlaufen.

6.2 Rüstungsgeschäfte und Golfkrieg

Der Golfkrieg sorgt für Hochkonjunktur bei der Rüstungsproduktion. Nicht nur die Materialschlacht, sondern auch die umfangreiche Aufrüstung aller Golfstaaten trägt zu diesem wachsenden Geschäft mit dem Tod bei. Allein

Frankreich hat, einer Untersuchung der SIPRI zufolge, dem Irak zwischen 1982 und 1984 Waffen im Umfang von 5 Mrd. US-$ geliefert (SIPRI: 1984, 195 f). Laut einer britischen Fachzeitschrift kaufte Irak in der Zeit zwischen 1981 und 1985 für insgesamt 24 Mrd. US-$ Rüstungsgüter und rangierte noch vor dem größten Waffenimporteur der Welt, Saudi-Arabien, das in derselben Zeit 15 Mrd. US-$ für Rüstungsgüter ausgab. Derselben Quelle zufolge importierte Iran in dieser Zeit für 6,4 Mrd. US-$ (Jane's Defense Weekly vom 26.08.87, zit. nach FR 27.08.87). Allerlei leichte und schwere Waffen erhalten beide Golfstaaten aus über 20 kapitalistischen und sozialistischen Ländern. 10 Staaten beliefern gleichzeitig beide Kriegsparteien. Die Hauptwaffenlieferanten sind die USA, Frankreich, Italien, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, die Schweiz, Spanien, Argentinien, Brasilien, Südkorea, Südafrika, Israel, die UdSSR, die CSSR und die DDR. Die Waffen werden entweder direkt oder aber – wie im Falle der USA und der UdSSR – indirekt über Israel, Süd- und Nordkorea, Südafrika, Taiwan, Syrien, Libyen und Jordanien geliefert. Hunderte von international organisierten Waffenhändlern sind in die ununterbrochene Versorgung der Kriegsparteien verstrickt. Manche Rüstungsunternehmen – so z. B. das italienische Staatsunternehmen »Canteiri Navali Riunti« – haben durch umfangreiche Rüstungsaufträge von bisher 1,6 Mrd. US-Dollar aus dem Irak die eigene Existenz an die Fortsetzung des Golfkrieges geknüpft (Die Welt 12.3.1985). Das Waffenexportinteresse aller beteiligten Staaten und Gruppen am Golfkrieg ist unverkennbar. Einerseits bietet der Golfkrieg den Rüstungsproduzenten beider Blöcke die Gelegenheit, die »Leistungsfähigkeit« ihrer Produkte auf dem »Praxisfeld« einer Überprüfung zu unterziehen. Andererseits bedeutet dies Interesse für die kapitalistischen Staaten eine Konjunkturankurbelung und Wachstumserhöhung der stagnierenden Ökonomien. Für die unzähligen Waffenhändler bedeutet die Aufrechterhaltung der Kriegs- und Vernichtungsmaschinerie in der Golfregion riesige Gewinne und schnellen Reichtum, während die sozialistischen Staaten durch Waffenlieferungen versuchen, ihren Einfluß zu sichern und bestehende militärische Abhängigkeiten zu festigen.

6.3 Desinteresse der Regionalstaaten an einer Kriegsbeendigung

Die Golf- und Nahoststaaten verhalten sich in der Kriegsfrage gänzlich verschieden. Ihre Positionen bewegen sich – in Abhängigkeit von regionalen Rivalitäten, der eigenen internen Machtstruktur, der außerpolitischen Orientierung und der geographischen Nähe zum Kriegsherd – in einem Spektrum der offenen bzw. verhüllten Parteinahme für die eine oder andere Seite und der gebotenen Zurückhaltung bzw. Ambivalenz. Ägypten und Jordanien als Nicht-Golfanrainerstaaten unterstützen seit dem Kriegsbeginn durch direktes militärisches, organisatorisches und politisches Engagement offen den Irak.

Die Golfstaaten Saudi-Arabien, Kuwait, die Arabischen Emirate, Bahrain und Oman, die ursprünglich den Irak nur indirekt, vor allem finanziell und durch logistische Hilfestellungen unterstützten, sind nach wachsender Bedrohung durch den Iran zu einer offenen Parteinahme für den Irak übergegangen.

Auf der anderen Seite zählen Libyen und Syrien zu den offenen Unterstützern des Iran, auch Algerien wird bedingt diesem Lager zugerechnet, während Israel durch eigene Waffenlieferungen und vor allem als Verschiebebahnhof für allerlei Waffenlieferungen an den Iran objektiv die Position des Iran bedeutend stärkt.

Daß die PLO gegenüber beiden Kriegsparteien inzwischen eine ambivalente Position eingenommen hat, ist kaum verwunderlich, berücksichtigt man zum einen die tiefgreifende Spaltung dieser Befreiungsorganisation auch in der Golfkriegsfrage und zum anderen deren finanzielle Abhängigkeit von den arabischen Golfstaaten.

Die oben skizzierte Position der arabischen Unterstützer- und Gegner-Staaten beider Kriegsparteien, die allesamt überwiegend sunnitische Moslems repräsentieren, widerlegt erneut Analysen, die den Golfkrieg als reinen Religionskrieg zwischen Schiiten und Sunniten zu interpretieren suchen. Innerarabische Rivalität um die Führungsposition und mehr Einfluß insbesondere zwischen den Nachbarstaaten Irak und Syrien, spielt für die Parteinahme Syriens zugunsten des Iran sicherlich eine wichtige Rolle. Syrien hat in der Tat ein größeres Interesse an der Schwächung der irakischen Rivalen als an der Stärkung der arabischen Einheit (Chubin: 1983, 74). Gravierender scheinen aber für die Positionsbestimmung der beiden Unterstützergruppen deren spezifische Herrschaftsformen und die Herrschaftsbasis dieser Staatengruppen zu sein: Alle laizistisch bzw. monarchistisch regierten Golf- und Nahoststaaten mit islamischer Bevölkerung, so Ägypten, Jordanien, Saudi Arabien, Oman und andere Golfstaaten, unterstützen weniger aus Gründen einer besonderen Zuneigung zum irakischen Ba'th-Staat den Irak, denn offenbar aus der Angst heraus, der Funke des islamischen Fundamentalismus könne bei einem iranischen Sieg schneller auf ihr eigenes Herrschaftsgebiet überspringen und ihr eigenes Herrschaftsgefüge in eine unkontrollierbare Krise stürzen. Alle diese Staaten sind politisch-militärisch westlich orientiert, in den Weltmarkt voll integriert und werden von gemäßigten bis konservativen Regierungen beherrscht.

Dagegen wird der Iran von jenen arabisch-islamischen Staaten wie Libyen, Syrien und bedingt auch von Algerien unterstützt, deren Regime sich einer breiten sozialen Verankerung erfreuen, ökonomisch und militärisch zwischen Kapitalismus und Sozialismus lavieren, außenpolitisch einen klar unabhängigen Kurs verfolgen und (insbesondere Libyen und Algerien) bemüht sind, die eigenen politischen Handlungen mit den Grundsätzen des Islam in Einklang zu bringen. Gerade diese Staaten sind es auch, die mit dem Iran in der OPEC-Politik (soweit sie Ölproduzenten sind), im Nahost-Konflikt und in allen internationalen Fragen – im Unterschied zu den irakischen Unterstützer-Staaten – prinzipiell radikale Positionen beziehen. Weiterhin zu berücksichtigen ist dabei die unterschiedliche geographische Lage, die offensichtlich den Grad und die Radikalität der Parteinahme maßgeblich beeinflußt. Ägypten und Jordanien fühlen sich wegen ihrer geographischen Entfernung zum Iran durch die islamische Revolution nicht unmittelbar bedroht, ergreifen daher

offener Partei für den Irak, während die iranischen Nachbarstaaten am Golf, um in den Krieg nicht direkt verwickelt zu werden, bis vor kurzem bemüht waren, Zurückhaltung zu üben und den Irak nur indirekt zu unterstützen. Algerien, Libyen und Syrien würden vermutlich gegen einen iranischen Sieg nicht sonderlich viel einzuwenden haben, da von einer Hegemonie des Iran in der Golfregion keine Bedrohung gegen sie ausgeht und durch die irakische Niederlage ihr Gewicht innerhalb der arabischen Welt sogar steigen würde, während alle übrigen Golf- und Nahost-Staaten, einschließlich Israel, aus guten Gründen sich vor dem Sieg einer der beiden Kriegsparteien mehr oder weniger fürchten müssen und ihre Herrschaftsinteressen und ihren Einfluß durch die Fortsetzung des Golfkrieges bzw. die de facto-Niederlage beider Staaten am besten gewahrt wüßten.

Folgerichtig unterstützen die gemäßigt-konservativen arabischen Staaten den rüstungsstarken aber bevölkerungsarmen Irak, während Israel mit dafür sorgt, daß umfangreiche Waffenlieferungen für den bevölkerungsreichen aber waffentechnologisch schwachen Iran nicht unterbrochen werden. Gleichwohl gibt es im Golfkrieg bisher einen regionalen Gewinner: Israel, das seine Position und seinen Handlungsspielraum durch die tiefe Spaltung der islamisch-arabischen Welt beachtlich hat stärken und erweitern können (14).

6.4 »Neutrale Position« der Supermächte

Zu den in Abschnitt 2 aufgezeigten strategischen Interessen der Supermächte an der Fortsetzung des Golfkrieges kommen die hier in diesem Abschnitt erläuterten rüstungspolitischen Interessen beider Lager und das Ölpreisinteresse westlicher Staaten hinzu, die in Verbindung mit dem Desinteresse der Regionalstaaten *den Golfkrieg – so paradox es auch erscheinen mag – zu einem bedeutenden Stabilitätsfaktor für die Weltökonomie und -politik werden ließen.* Es ist durchaus auch nicht verwunderlich, daß die Vereinten Nationen bisher keine ernsthafte Friedensinitiative haben ergreifen können (15).

Die Vereinigten Staaten beteuerten – bevor sie dazu übergingen, durch ihren militärischen Aufmarsch im Golf offen den Irak zu unterstützen – öffentlich ihre Zurückhaltung, manche Autoren unterstreichen deshalb die »Neutralität« der USA gegenüber den Kriegsparteien (so z. B. Rondot: 1981, 67; in gewisser Weise auch Robert: 1983, 129). In Wahrheit verfolgten die USA jedoch eine gezielte Politik der Kriegsfortsetzung. Hierfür gab es bereits vor den Enthüllungen des Iran-Gate-Skandals einige Indizien (16). Doch hat letzterer die wahre Sustanz der »Neutralität« der Vereinigten Staaten offengelegt und dokumentiert, daß die USA einerseits die irakische Regierung zum Kriegsabenteuer ermutigten und ihr laut »Washington Post« militärisch wichtige Geheiminformationen (FR 16.11.86), andererseits dem Iran offenbar seit 1981 Waffen geliefert haben (FR 29.11.86), daß diese Politik und darüber hinaus auch gezielte Falschinformationen an beide Kriegsparteien (NYT 12.01.87) laut Informationen eines US-Regierungssprechers gegenüber »Washington Post« dazu dienten, »Iran und Irak in einem Patt zu halten« (FR 16.12.86).

Auch die sowjetische »Neutralität« im Golfkrieg kommt eher einer Fortsetzung als einer Beendigung des Krieges zugute. Ihren Golfinteressen entsprechend unterstützt die Sowjetunion einerseits indirekt das »antiimperialistische Regime« Khomeinis, um hier einige Türen offenzuhalten, andererseits aber direkt und massiv das Regime von Saddam Hussein, um einen militärischen Sieg des Iran zu verhindern. Ein solcher Sieg könnte die Position der Sowjetunion in Afghanistan bedrohlich schwächen und darüber hinaus auch einen unkontrollierbaren wie riskanten Prozeß der Verschiebung von Kräfteverhältnissen zugunsten des islamischen Fundamentalismus im Mittleren und Nahen Osten zur Folge haben, die die Sowjetunion ebenso zu verhindern sucht, wie die Vereinigten Staaten sie nicht zulassen wollen. Andererseits ist die Abhängigkeit Iraks von der Sowjetunion, so kurios es auch erscheinen mag, an die Fortsetzung des Krieges gekoppelt. Denn nur so kann ein längst fälliger Bruch des Irak mit der Sowjetunion hinausgeschoben werden, der sich ökonomisch und politisch inzwischen gänzlich auf die kapitalistischen Staaten umorientiert hat.

So gesehen scheinen die Sowjetunion und die USA hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Golfkrieges im selben Boot zu sitzen, wenn auch die USA den Steuermann stellen und dabei auch das Fahrttempo bestimmen.

6.5 Iran und Irak: Fähig zum Krieg aber unfähig zum Frieden

Die Völker des Iran und des Irak sind die Hauptverlierer des Golfkrieges. Dieser Krieg hat beiden Völkern unvorstellbares Leid und materiellen Schaden zugefügt, die ökonomische Abhängigkeit beider Staaten vertieft, die menschlichen Energien auf das Abstellgleis des Gegeneinander geleitet, die OPEC gespalten, die Position Israels gestärkt, den Handlungsspielraum der Supermächte und vor allem der USA in der Golfregion erweitert. Dieser unvermeidbare Sachverhalt hat das irakische Regime von Saddam Hussein nicht davor zurückschrecken lassen, sich zur Aggression gegen den Iran zu entschließen, und dieses Regime ist auch heute nicht willens bzw. in der Lage, sich zu seiner Verantwortung zu bekennen und so die Chancen einer Kriegsbeendigung zu erhöhen.

Die Führung der Islamischen Republik Iran ist sich, wie aus einem Interview mit dem Parlamentspräsidenten Rafsandjani hervorgeht (KA 08.10.86), über all die hier analysierten Folgen des Krieges für die Menschen und Staaten in der Region durchaus im klaren, setzt aber dennoch auf einen Sieg des Iran, der in der Realität nicht anderes als Wasser auf die Mühlen der Kriegsfortsetzungspolitik der Supermächte ist und auch nur sein kann.

Ayatollah Khomeini selbst nennt offen in seiner Botschaft an die islamischen Pilger im Sommer 1987 den wahren Grund der iranischen Kriegsfortsetzungspolitik und damit das Dilemma, in dem die Islamische Republik sich befindet: »Heute ist das Schicksal aller islamischen Völker und unser Schicksal zweifellos mit dem Krieg verknüpft. Die Islamische Republik Iran befindet sich in einer Etappe, in der ihr Sieg ein Sieg für alle Moslems ist und ihre Niederlage

– Gott möge es verhindern – eine Niederlage und Beleidigung für alle Gläubigen ist. Diesen mächtigen Staat und dieses große Volk mit seinem unerschütterlichen Glauben auf halbem Wege allein zu lassen, kommt einem Verrat an der Menschheit und dem Propheten gleich. Deshalb wird das Kriegsfieber in unserem Land so lange nicht sinken, bis Saddam gestürzt ist. Und wir werden dieses Ziel bald erreichen« (Khomeini: 1987).

Anmerkungen

1. Auf der »Internationalen Konferenz über die Auswirkungen des irakisch-iranischen Krieges auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit«, die im Sommer 1984 in Bagdad stattfand, wurde die Zahl der Getöteten mit 690 000 und der Verwundeten mit 910 000 angegeben (Neue Osnabrücker Zeitung vom 10. Juni 1984). Angesichts des weiteren Kriegsverlaufs nach diesem Datum – vor allem der jüngsten Angriffe auf zivile Ziele in den Städten beider Länder – dürfte die Zahl inzwischen erheblich gestiegen sein.
2. Die im wesentlichen interventionistisch geprägten US-Golfstrategien haben freilich die US-Regierungen nicht davon abgehalten, die politischen Gegensätze in der Islamischen Republik Iran im Sinne ihrer Golfstrategie zu nützen. Eine entsprechende außenpolitische Linie, der die Reagan Administration mit dem Preis des »Iran Gate Skandals« auch tatsächlich gefolgt ist, zeichnete Foreign Policy bereits 1985 nach (Ramazani: 1985).
3. Auf den ersten Blick scheint die irakische Invasion der Theorie der Abschreckung durch militärisches Gleichgewicht recht zu geben. Der Verlauf des Krieges und die Tatsache aber, daß der Irak keines seiner Ziele erreicht hat, beweist jedoch in Wahrheit, daß auch aus einer Position der waffentechnologischen Schwäche heraus ein Sieg des militärisch überlegenen Staates verhindert werden kann.
4. Die Umstände des Zustandekommens des Algierer Abkommens und dessen unerträgliche Folgen für die aufstrebende Golfmacht Irak enthüllt Saddam Hussein in einem 1981 mit dem Spiegel geführten Interview. Auf die Frage: »Das Algierer Abkommen wurde damals doch auf Ihren Wunsch abgeschlossen?« antwortete Hussein: »Wir haben dieses Abkommen widerwillig und gezwungen anerkannt und darin den Persern den Talweg auf dem Schatt el-Arab eingeräumt. Wir waren damals militärisch erpreßbar.« Auf die Frage: »Sie meinen den vom Schah unterstützten Aufstand der Kurden im Nordirak?« antwortete er: »Genau den meine ich ...« (Der Spiegel, Nr. 23, 1. Juni 1981, S. 133). (Zitiert nach Ferdowsi: 1984, 42).
5. Sechs Tage vor Kriegsbeginn, am 16. Sept. 1980, erklärte Saddam Hussein auf einer Sitzung des irakischen Parlaments, »nur die äußerste Zwangslage« hätte dem Irak »Konzessionen in der Schatt-Frage« abringen können (19.9.1980). Fünf Tage vor dem Kriegsbeginn kündigte Saddam Hussein auch formell das Algierer Abkommen.
6. Das innere Zerwürfnis und das prinzipielle Mißtrauen in der nachrevolutionären Ära Irans ging sogar so weit, daß Khomeini und die gesamte religiöse Führung den Armeeberichten im Sommer 1980 über die umfassende Kriegsvorbereitung des Irak keinen Glauben schenkte, dahinter eher hausgemachte Gerüchte und Machenschaften der Armee vermutete, um so die Einmischung der Mullahs in die Angelegenheiten der Armee zurückzudrängen (vgl. dazu Bani Sadr: 1982, 199).
7. Eine Reihe von Indizien sprechen für die Annahme, daß die Invasion des Iran seitens Regierungen einiger arabischer Staaten vorher befürwortet worden ist. So soll lange vor dem Kriegsausbruch die irakische Führung die Regierungen Jordaniens und Saudi Arabiens über das Vorhaben informiert haben (Wright: 1980/81, 281).
   Anfang August 1980, also einen Monat vor Kriegsausbruch, reiste der irakische Präsident Saddam Hussein nach Saudi Arabien, um sich u. a. auch die saudische Unterstützung für den bevorstehenden Einmarsch in den Iran zu sichern. Tatsächlich ergriff Riad unmittelbar nach dem Kriegsausbruch offen für den Irak Partei und begann auch, den Irak materiell zu unterstützen (Robert: 1983, 124). Im Dezember 1981 ließ die saudische Regierung durch ihren Innenminister erklären, der Golfkrieg diene nicht nur irakischen Interessen, sondern werde zum Schutz »der gesamten arabischen Nation« geführt (International Herald Tribune v. 29.12.1981; vgl. auch Ferdowsi: 1984, 10).

   Großzügige finanzielle Hilfen des Iraks durch reiche Golfstaaten, die inzwischen auf mindestens 30 Mrd. US-Dollar geschätzt werden, unterstreichen die These der Stellvertreterfunktion des Irak im Krieg gegen den Iran. Die Angst, der Botschaft der »Islamischen Revolution« zum Opfer zu fallen, schien den Regimen aller Golfstaaten trotz des steigenden Lebensstandards der breiten Bevölkerungsschichten zutiefst in den Knochen zu stecken. Schließlich hatte ihnen das Schah-Regime vorexerziert, wie schnell der materielle Glanz einer importierten und aufgesetzten Industriekultur trotz staatlicher Übermacht und überdimensionaler Waffengewalt verpuffen und der mit diesem Glanz aufpolierte Staat in sich zusammenfallen kann.
8. »Die Arabische Ba'th-Partei ist nationalistisch. Sie ist überzeugt, daß der Nationalismus eine lebendige und bleibende Realität ist, und daß das bewußte Nationalgefühl, das das Individuum an seine Nation bindet, eine starke Bindung ist, daß dieses Gefühl heilig und reich an kreativer Kraft ist, daß es Opfer hervorrufe, das Verantwortungsgefühl erregt und dem Humanismus des Individuums eine konkrete und nützliche Orientierung bringt.
   Die nationalistische Idee, zu der die Partei aufruft, ist der Ausdruck des Willens des arabischen Volkes, sich zu befreien und sich zu vereinigen; der Möglichkeit, die arabische Persönlichkeit in der Geschichte zu verwirklichen, zu genießen, und mit allen Nationen in allem, was der Menschheit einen geraden Weg zum Guten und zur Prosperität sichern kann, zusammenzuarbeiten« (Art. 3 der Allgemeinen Grundsätze der Statuten der Arabischen Ba'th-Partei) (Aziz: 1981, 10).
9. Die generelle Beschäftigung mit den historischen Ursachen des gegenwärtigen Verhältnisses der nationalen Minderheiten zum jeweiligen Zentralstaat in den Ländern Asiens und Afrikas bleibt eine Herausforderung. Einer wissenschaftlichen Beurteilung der separatistischen Tendenzen und Autonomiebestrebungen in den Vielvölkerstaaten Asiens und Afrikas bleibt die Untersuchung der spezifischen Gesellschaftsstrukturen und Geschichte nicht erspart. Dabei dürfte m. E. auch in diesem Zusammenhang die Kategorie der »Asiatischen Produktionsweise« eine erneute Aktualität erfahren.
10. Die hier herausgearbeiteten Loyalitätsbeziehungen zwischen der Zentralregierung und Ethnien in orientalischen Gesellschaften gelten für das vorkapitalistische Zeitalter und Bedingungen weitgehender ökonomischer und politischer Autonomie dieser Gesellschaften. Im Zuge kapitalistischer Entwicklung und der Integration in den Weltmarkt traten Loyalitätsbeziehungen zur kolonialistischen bzw. neokolonialistischen Schutzmacht an die Stelle einer intern abgesicherten Herrschaftslegitimation. Dies gilt in besonderem Maße für die Pahlawi-Dynastie im Iran, die im Kontext einer auf den Weltmarkt orientierten Modernisierungsstrategie die eigene Herrschaft ausschließlich militärisch und durch Unterdrückung oder gar Zerstörung ethnischer Autonomien im Iran hat stützen und ausbauen können.
11. »Trotz des mörderischen Golfkrieges, des wirtschaftlichen Desasters, der sozialen Widersprüche und kulturellen Ungereimtheiten findet die politische Heilslehre Khomeinis fern der iranischen Grenzen noch immer Anklang und Zuspruch. In den Basars von Karatchi oder Peschavar sind Bilder des grimmigen Greises aus Teheran viel häufiger zu sehen als Konterfeis des pakistanischen Staatspräsidenten. Auch marokkanische und tunesische Arbeiter halten große Stücke auf den iranischen Revolutionsführer. Selbst schwarzafrikanische Studenten – auch christlicher Herkunft – machen an deutschen Universitäten aus ihrer Sympathie für die antiimperialistische Politik Teherans keinen Hehl. Für viele Unterprivilegierte der islamischen, also zumeist sunnitischen Welt steht der Name Khomeini für Auflehnung gegen Fremdherrschaft, regionale Ungerechtigkeit und kulturelle Entwurzelung« (Taheri: 1987).
12. In der Tat wird nicht nur bei den schiitischen Fundamentalisten, sondern in der islamischen Welt insgesamt die Existenz Israels als Wegnahme des islamischen Bodens durch Nicht-Muslims und zugleich als Hoheitsverlust über die dortigen heiligen Stätten angesehen (Rajewski: 1980, 46).
13. Die entsprechenden Koran-Suren über das Paradies sind die Suren 55-56 ff; Sure 44-53 ff;

Sure 47-16 ff; Sure 56-22 ff (Rajewski: 1980; 61, Anm. 19).

14. Ausdruck dieser neuen Position Israels ist beispielsweise die Zerstörung der irakischen Atomanlagen im Juni 1981, also kurz nach Beginn des Golfkrieges, durch die israelische Luftwaffe (Robert: 1983, 126). Es wäre auch nicht verfehlt anzunehmen, daß Israel ohne den Golfkrieg nicht so ohne weiteres zur Invasion im Südlibanon und dessen Besetzung geschritten wäre und durch seine massive militärische Einmischung in den libanesischen Bürgerkrieg einschließlich der Zerstörung eines Teils von Beirut den Nahost-Konflikt nicht zusätzlich verschärft hätte.

15. Ganz im Gegenteil hat der Sicherheitsrat durch seine Parteinahme für den Irak Friedensbemühungen erschwert und das Khomeini-Regime in die Lage versetzt, den Iranern eine unnachgiebige Position aufzuerlegen: So z. B. forderte der UN-Sicherheitsrat eine Woche nach dem Einmarsch der irakischen Truppen in den Iran nur einen Waffenstillstand, nicht jedoch den Rückzug der irakischen Truppen an international anerkannte Grenzen. Anderthalb Jahre später, im Sommer 1982, als iranische Truppen die irakische Armee von iranischem Territorium vertrieben und in das irakische Territorium eingedrungen sind, ergänzte der UN-Sicherheitsrat seine Waffenstillstandsforderung um die Forderung nach »Rückzug der Truppen an die international anerkannten Grenzen« (Reents: 1987). Der UN-Sicherheitsrat hat stets vermieden, den Irak wegen Einsatz von chemischen Waffen und des zunächst durch ihn eskalierten Städtekriegs direkt zu erwähnen.

16. Hierzu gehört beispielsweise die aus nicht öffentlichen US-Dokumenten übernommene Einschätzung des deutschen Botschafters van Well, die dieser anläßlich des bevorstehenden Besuchs des Außenministers Genscher im Iran am 9. Juli 1984 in einem geheimen Dokument dem Auswärtigen Amt in Bonn übermittelte. In diesem Dokument, das einige Wochen später in die Hände der iranischen Oppositionsgruppen gelangte und in London veröffentlicht wurde, heißt es u. a.: »Der Golfkrieg sei für Khomeini nicht mehr zu gewinnen. Vielmehr wirke seine Fortdauer in amerikanischem Interesse.« An einer anderen Stelle dieses spannenden Dokuments, in dem der deutsche Botschafter in den USA seinem Vorgesetzen, Außenminister Genscher, einige, amerikanische Interessen berücksichtigende Verhaltensregeln für seinen Besuch im Iran nahelegt, wird weiter ausgeführt: »Der Golfkrieg in seiner gegenwärtigen Kräftekonstellation wirke deshalb destabilisierend auf das Regime. Eine militärische Niederlage des Irak könne keinesfalls im Interesse amerikanischer Politik in der Region liegen. In diesem Falle sei die Stabilität der Region bedroht, was die USA zum Eingreifen veranlassen müßte und die Solidarität Europas herausfordern würde« (Fernschreiben aus Washington an Bonn AA Nr. 3178 vom 9.7.1984, 1906 OZ).

Literatur

Jonathan ALFORD, Die strategische Lage des Westens im Nahen und Mittleren Osten, in: Europa Archiv, Folge 18/1981

Abbas ALNASRAWI, Economic Consequences of the Iraq-Iran War, in: Third World Quarterly, Vol. 8 (1986), No. 3

ARCHIV der Gegenwart vom 1. Oktober 1980

Tariq AZIZ, Der irakisch-iranische Konflikt. Fragen und Diskussionen, Bagdad 1981

Abol-Hassan BANI SADR, Khianat be Ommid (Verrat an der Hoffnung), ohne Angabe von Erscheinungsort und -jahr, veröffentlicht in persischer Sprache (vermutlich in Paris, 1982)

Amazia BARAM, Qawmiyya and Wataniyya in Ba'thi Iraq: The Search for a New Balance, in: Middle Eastern Studies, Vol. 19 (1983), No. 2

Peter BENDER, Das Ende des ideologischen Zeitalters, Darmstadt 1981

Shahram CHUBIN, Der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak: Paradoxien und Besonderheiten, in: Befreiung, Heft 27/1983

O.K. Jürgen HEUCHLING, Der irakisch-iranische Grenzkonflikt, in: Europäische Wehrkunde 1/81

Arnold HOTTINGER, Der iranisch-irakische Krieg: Eine retrospektive Analyse, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). Reihe: Analysen aus der Abteilung Entwicklungsländerforschung, Nr. 98/99, Bonn 1981

Peter HÜNSELER, Der irakisch-iranische Krieg im dritten Jahr, in: Europa Archiv, Folge 13/1983

Karl KAISER, Winston Lord, Thierry de Montbrial, David Watt, Die Sicherheit des Westens: Neue Dimensionen und Aufgaben. Ein Bericht der außenpolitischen Forschungsinstitute in New York, Bonn, Paris und London, Bonn 1981

Istvan KENDE, Kriege nach 1945 – Eine empirische Untersuchtung, in: Militärpolitik-Dokumentation, Heft 27, Frankfurt/M. 1982

Rouhollah KHOMEINI, On Jihad (Heiliger Krieg) and the Imposed War, in: Al-Tawhid. A Quarterly Journal of Islamic Thought and Culture. Vol. II, No. 2, Teheran 1985

DERS., Botschaft an die Pilger des Haddsch, in: Keyhan Airmail v. 5.8.1987

Michael KLARE, Jederzeit, überall, mit allen Waffen. Die Entwicklung der neuen Interventionspolitik der USA, in: Militärpolitik-Dokumentation Heft 26 (1982)

Bruce R. KUNIHOLM, Retrospect and prospects: Forty years of US Middle East Policy, in: The Middle East Journal, Vol 41, No. 1, 1987

Ruth LEGER SIVARD (Hrsg.), Entwicklung der Militär- und Sozialausgaben in 140 Ländern der Erde, in: Militärpolitik-Dokumentation Extra 4

Claus LEGGEWIE, Nichtkapitalistische Entwicklungsalternative, Bluff oder Herrschaftsideologie, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Hamburg 1982

Jürgen MAIER, Europa auf dem Pulverfaß, Stuttgart 1985

M. MASSARRAT, Gesellschaftliche Stagnation und die asiatische Produktionsweise, dargestellt am Beispiel der iranischen Geschichte. Eine Kritik der Grundformationstheorie, in: Studien über die Dritte Welt. Geographische Hochschulmanuskripte, Göttingen 1977

DERS., Von weltlicher Herrschaft zum Gottesstaat. Islamische Revolution im Iran in der Sackgasse, in: Vorgänge, Nr. 57/1982

Volker MATHIES, Kriege in der Dritten Welt, Opladen 1982

MILITÄRPOLITIK-Dokumentation Extra 2, USA-UdSSR, Supermächte zwischen Intervention und Selbstüberschätzung, Frankfurt/M.

Christine RAJEWSKY, Der gerechte Krieg im Islam, in: Friedensanalysen, Bd. 12, Frankfurt/M. 1980

R.K. RAMAZANI, Iran: Burying the Hatchet, in: Foreign Policy No. 60/1985

Jürgen REENTS, Den Golfkrieg beenden, in: Informationen des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg, Heft 1, 1987

Rüdiger ROBERT, Der iranisch-irakische Konflikt: Krieg am Persisch/Arabischen Golf, in: Jahrbuch Dritte Welt, Bd. 1, München 1983

Dan DINER, Demographie und Territorium: Zur Logik israelischer Ausdehnung im Palästinakonflikt, in: Weltpolitik Jahrbuch für Internationale Beziehungen 3, Frankfurt/New York 1983

E. EHRENBERG, Rüstung und Wirtschaft am Golf, Hamburg 1978

Kamran EKBAL, Islam, Nationalismus und Identitätsfragen: Historische, ideologische und soziale Dimensionen des Irakisch-Iranischen Krieges, in: Peripherie Nr. 18/19 (5. Jg.), 1984

Ulrich ENCKE, Zwischen Revolution und Despotie – Drei Jahre Mullah-Herrschaft im Iran, in: Europa Archiv, Folge 1/1982

Werner ENDE, Die islamische Revolution. Ursachen, Intention und Auswirkungen auf die Arabische Halbinsel, in: Fred Scholz, die Golfstaaten, Braunschweig 1985

EUROPA Archiv 1975, Folge 8

Mir A. FERDOWSI, Der iranisch-irakische Krieg, in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 42/84

FORSCHUNGSINSTITUT der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Schwelbrand am Golf. Auswirkungen auf das internationale System, Bonn 1981

U. GEHRKE/G. KUHN, Die Grenzen des Irak. Historische und rechtliche Aspekte des irakischen Anspruchs auf Kuwait und des irakisch-persischen Streits um den Schatt el-Arab, Stuttgart 1963

Fred HALLIDAY, Afghanistan – Eine Bedrohung für den Golf?, in: Fred Scholz, Die Golfstaaten, Braunschweig 1985

Theodor HANF, Der Krieg im Libanon und die Entstehung der Zweiten Libanesischen Republik, in: Jahrbuch Dritte Welt, Bd. 1, München 1983

Richard HARTMANN, Islam und Nationalismus, in: Abhandlungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Jg. 1945/46, Berlin 1948

Maxim RODINSON, Die Araber, Frankfurt/M. 1979

Philip RONDOT, Irak gegen Iran: Krieg ohne Entscheidung? in: Europa Archiv, Folge 3/1981

SIPRI-Rüstungsjahrbuch 1980/81, Reinbek b. Hamburg 1980

SIPRI-Yearbook 1984, Stockholm 1984

Hani SROUR, Die Staats- und Gesellschaftstheorie bei Sayyid Gamaladdin »Al Afghani«, Freiburg 1977

Fritz STEPPAT, Die arabische Welt in der Epoche des Nationalismus, in: Franz Taeschner, Geschichte der arabischen Welt, Stuttgart 1964

Ahmad TAHERI, Politik und Religion im Iran, in: Frankfurter Hefte, 39. Jahrgang, Heft 5 (Mai 1984)

DERS., Der Koran ist unser Programm, in: Die Zeit v. 28.8.1987

Bassam TIBI, Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel, Frankfurt/M. 1971

C. WRIGHT, Implications of the Iraq-Iran War, in: Foreign Affairs, 1980/81

Periodika

Archiv der Gegenwart
Europa Archiv
Der Spiegel
Jane's Defense Weekly
Washington Post
New York Times (NIT)
Frankfurter Rundschau (FR)
Süddeutsche Zeitung (SZ)
Die Tageszeitung (taz)
Die Welt
Die Zeit
Keyhan Airmail (KA)
Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ)

Adresse des Autors:

Mohssen Massarat
Universität Osnabrück
Fachbereich Sozialwissenschaften
Albrechtstr. 28
4500 Osnabrück

Rezensionen

KOLONIALISMUS REVISITED

Renate Nestvogel / Rainer Tetzlaff (Hrsg.), Afrika und der deutsche Kolonialismus. Zivilisierung zwischen Schnapshandel und Bibelstunde. Berlin (West) und Hamburg: Reimer 1987, 218 S. (Hamburger Beiträge zur Öffentlichen Wissenschaft; Bd. 2)

Hundert Jahre Einmischung in Afrika 1884 - 1984. Jahrestagung der Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland (VAD) 1984. Herausgegeben von Eva-Maria Bruchhaus und Leonhard Harding. Hamburg: Buske 1986, 328 S. (Schriften der Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland; Bd. 10)

Peter Rummelt, Sport im Kolonialismus – Kolonialismus im Sport. Zur Genese und Funktion des Sports in Kolonial-Afrika von 1870 bis 1918. Köln: Pahl-Rugenstein 1986, 341 S. (Hochschulschriften; Bd. 213)

Noch immer erscheinen als Folge des »kolonialen Jubiläums«, das in der Bundesrepublik 1984 Anlaß zu (selbst-)kritischer als auch selbstgerecht-apologetischer Rückschau gab (1), einschlägige Werke auf dem hiesigen Buchmarkt. Zwei der hier vorgestellten Publikationen sind der »Jahrhundertfeier« direkt geschuldet, insofern es sich dabei um die Ergebnisse erfreulich kritischer »Gedenkveranstaltungen« handelt.

Aus den Referaten einer Vorlesungsreihe an der Universität Hamburg entstand der von Nestvogel/Tetzlaff herausgegebene Sammelband **Afrika und der deutsche Kolonialismus**. Der Historiker *Leonhard Harding* verdeutlicht darin eingangs, daß es bei der Berliner Westafrikakonferenz von 1884/85 in der Tat im Wesentlichen um die Absteckung von Handelsinteressen und die Rechtfertigung einer Intervention der europäischen Großmächte im zentralafrikanischen Raum ging. Plakative Phrasen, die ein solches Engagement mit einem humanitären Anspruch verknüpfen sollten, hatten dagegen allenfalls legitimatorische Bedeutung. Wie Harding am Beispiel Togos zeigt, stellte der Schnapshandel – für die deutsche Kolonie mit einem Anteil von bis zu 30 % an den jährlichen Einfuhren! – ein erheblich bedeutsameres Anliegen insbesondere der Hamburger Kaufleute dar. Die Rechtfertigungsfunktion für solchen Handel und die koloniale Intervention waren so die eigentliche Bedeutung dieser Konferenz. Die von Harding hierbei konstatierte argumentative und ideologisch rechtfertigende Konstruktion von »Handel und Humanität ... als natürliche Bundesgenossen« (S. 35), wobei »humanitäre Absichten oder Absichtserklärungen ... den Handel und seine Praktiken (rechtfertigen)« (ebd.), wird in dem anschließenden Beitrag von *Werner Ustorf* anhand der Norddeutschen Mission bestätigt und illustriert: So konnte das Handelshaus Vietor im Gebiet der Ewe-Mission die Missionsstationen zur Eröffnung eines später recht lukrativen und florierenden Palmölhandels nutzen. Und sicherlich nicht zufällig gehörten die Vietors jahrzehntelang in einflußreichen Positionen dem Missionsvorstand an. Der »kaufmännische Missionsgeist« (S. 47) sah dabei im Handel ein »Werkzeug göttlicher Heilsökonomie« (S. 46): »Handel und Mission waren insofern unterschiedliche Sprachen für den gemeinsamen Prozeß der 'Erschließung' der Welt und bis zu einem gewissen Grade austauschbar» (ebd.). Mit dem Handelserfolg vermochte die Christianisierungsbemühung anfangs allerdings nicht Schritt zu halten: Um die Herstellung der mangelnden Erfolgsbilanz nicht verlegen, behalfen sich die Bremer Missionare zwischen 1857 und 1868 mit dem Erwerb von 109 »Sklavenkindern«, die auf den Stationen im christlichen Geiste erzogen wurden (S. 48) ...

Wie diese missionarisch geprägte Heranziehung bzw. Abrichtung des »Negers« zum deutschen Untertanen ideologisch geprägt war, dokumentiert im Anschluß daran der Aufsatz von *Renate Nestvogel*. Beide Beiträge deuten eine interessante Parallele an, die leider nicht genauer herausgearbeitet wird: Ustorf stellt fest, »daß das im Schrifttum der Norddeutschen Mission entwickelte Konzept des afrikanischen 'Heiden' strukturell dem Bild entsprach, das der Missionsvorstand von der eigenen Unterschicht hatte« (S. 46), während Nestvogel zu dem ähnlichen Ergebnis gelangt, daß »sich zwischen der deutschen Volksbildung (für das deutsche Proletariat und Subproletariat) sowie der den Afrikanern zugedachten deutschkolonialen Bildung zahlreiche Gemeinsamkeiten finden lassen« (S. 74).